

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität
Kurzprotokoll
7. Sitzung**

**Berlin, den 27.06.2011, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700**

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 9

Nutzen, Grenzen und Zwänge des Wachstums
Anhörung mit Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger

Tagesordnungspunkt 2 S. 52

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 3 S. 57

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 4 S.58

Beschlussfassung über die Durchführung einer Anhörung am 4. Juli 2011
"Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnis"



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 27. Juni 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

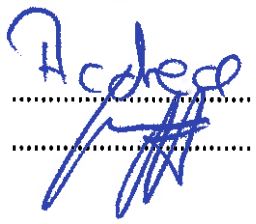

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid		Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine		Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 27. Juni 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<p><u>BÜ90/GR</u> Andreae, Kerstin Ott Dr., Hermann</p>		<p><u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas Wilms Dr., Valerie</p>	

Montag, 27. Juni 2011, 13:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Öff-

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete- Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

.....

Bracht van, Georg

.....

Brand Prof. Dr., Ulrich

.....

Carstensen Prof. Dr., Kai

.....

Enderlein Prof. Dr., Henrik

Kai Carstensen
Henrik Enderlein

Habisch Prof. Dr., André

.....

Hexel, Dietmar

.....

Hölz Prof., Hanns Michael

.....

Jänicke Prof. Dr., Martin

.....

Jochimsen Prof. Dr., Beate

.....

Miegel Prof. Dr., Meinhard

.....

Müller, Michael

.....

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

.....

Reuter Dr., Norbert

.....

Schmidt Prof. Dr., Christoph

.....

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

.....

Wagner Prof. Dr., Gert

.....

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 27. Juni 2011, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

[Handwritten signature]

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Maria Dietlmeier

Finow Wilms PDR

[Handwritten signature]

Alexander Stahl

CDU/CSU

Alexander Stahl

Alexander Ammerlaan

SPD

[Handwritten signature]

Gisela Seitz

B'90/Die Grünen

[Handwritten signature]

Simone Volker

Die Linke

[Handwritten signature]

Michael Hoff

Linke

[Handwritten signature]

Beginn der Sitzung: 13.12 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), eröffnet die Sitzung und spricht zunächst der Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) herzliche Glückwünsche zur Geburt ihres Sohnes aus.

Sodann gratuliert sie den Mitgliedern Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Abg. Dr. Matthias Heider (CSU/CSU) sowie dem heutigen Gast, Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger, nachträglich zum Geburtstag.

Sie heißt daraufhin Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen sehr herzlich als neue Sachverständige im Kreise der Enquete-Kommission willkommen, die von der Unionsfraktion benannt wurde. Auf Bitten der Vorsitzenden stellt sich Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen kurz vor und bringt dabei ihre Freude zum Ausdruck, in der Kommission mitarbeiten zu können. Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen ist Volkswirtin mit dem Spezialgebiet der öffentlichen Finanzen. Sie hat den Lehrstuhl für allgemeine Volkswirtschaftslehre und öffentliche Finanzen an der Hochschule für Öffentliches Recht und Finanzen in Berlin inne.

Sodann wird Frau Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) als Nachfolgerin für Abg. Peter Friedrich (SPD) herzlich im Kreise der Kommission begrüßt. Frau Edelgard Bulmahn stellt sich und ihre politische Laufbahn kurz vor und bringt dabei ebenfalls ihre Freude zum Ausdruck, in der Enquete-Kommission mitarbeiten zu können, weil sie dem Thema der Enquete-Kommission eine ganz erhebliche gesellschafts-politische Relevanz beimisst.

Die Vorsitzende berichtet kurz über die Ergebnisse der vorangegangenen Obleutebesprechung.¹ Sie erinnert an den Vermerk über das

¹ Der Vermerk über das Obleutegespräch vom 27. Juni 2011 wurde am 28. Juni 2011 an alle Mitglieder verteilt.

Obleutegespräch vom 7. Juni 2011, nach dem, da Einwände nicht vorlägen, verfahren werde.

Sie teilt mit, dass in der kommenden Kommissionssitzung am 4. Juli 2011 nicht wie ursprünglich geplant das Thema Geschlechtergerechtigkeit auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, weil die angefragte Referentin terminlich verhindert sei. Stattdessen solle das Thema „Demographischer Wandel“ erörtert werden.

Gegen diese neue Themensetzung regt sich kein Widerspruch in der Kommission, sodass dieser Beschlussvorschlag der Obleute angenommen wird. Damit ist der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt 4 abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 1

Nutzen, Grenzen und Zwänge des Wachstums
Anhörung mit Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger

Die Vorsitzende begrüßt den Gastredner dieser Sitzung, Herrn Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger. Die Kommission ist einverstanden, dass über die Anhörung ein Wortprotokoll geführt wird (§ 73 (3) GO-BT; Richtlinie für die Behandlung der Ausschussprotokolle).

Beginn des Wortprotokolls

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, Frau Kolbe, ganz herzlichen Dank für die Einladung und ich hoffe, dass ich mit Ihnen gut ins Gespräch kommen kann. Zuerst setze ich ja eine Vorstellung von Überlegungen, die ich mir gemacht habe, aber nach dieser ist dann die Diskussion vor allen Dingen wichtig. Nun, ich möchte meinen Ausführungen ein Zitat des bekannten deutschen Schriftstellers Botho Strauß voranstellen. Dieses Zitat lautet: „Im Grunde bleibt jeder von einer Zukunft überzeugt, die auf Prolongation und Steigerungsraten hinausläuft.“ Gleichzeitig bekennt sich aber jeder zu der Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann, so könnte man hinzufügen auch zur Überzeugung, dass ein unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich ist. Allerdings versucht man dann sehr leicht dadurch zu einem Kompromiss zu kommen, dass man sagt, ja, für die Prolongation des Wachstums die Taten und für die Mäßigung die Worte. Ich meine allerdings, dass jetzt doch die Möglichkeit gekommen ist, den Worten auch Taten folgen zu lassen und dazu ist ja auch hier diese Enquete-Kommission bestellt. Nun, ich bin überzeugt davon, dass diese Möglichkeit besteht, den Worten auch Taten folgen lassen zu können, weil es nicht nur um die Verhinderung eben der ökologischen Krisen geht, die jetzt immer akuter geworden sind und voraussichtlich immer akuter werden. Sondern auch, um die ökonomischen Krisen, die wir vor allen Dingen in den Jahren 2007/2008 erlebt haben, aber die sich dann auch in Form der Staatsverschuldung ausgefert haben, weil die Staaten auch dazu aufgerufen waren, für die Hilfe der in die Krise geratenen Wirtschaft einzuspringen. Das hat dazu geführt, dass jetzt diese Verschuldungskrise der Staaten akut geworden ist und nach Lösungen gesucht werden muss. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass, wenn man diese Gelegenheit wahrnimmt, dass ökologische und ökonomische Krisen aktuell geworden sind, dass auch die Lösungen von beiden Seiten her angesehen und angegangen werden müssen, dass es von beiden Seiten darum geht, eine

Lösung zu finden für die ökonomischen und die ökologischen Krisen gleichzeitig. Ich meine, dass es auch sinnvoll ist, diese Frage gemeinsam zu beantworten, weil die gemeinsame Basis dieser Probleme der Krise gegeben ist, und diese gemeinsame Basis ist das uferlose und unlimitierte Wachstum des Sozialproduktes, geleitet und auch begründet durch das Wachstum der Geldmenge und die Geldschöpfung, auf das ich jetzt gleich eingehen werde. Die Frage ist grundsätzlich, wie muss man vorgehen zu einer Lösung und ich meine, durch eine Doppelstrategie. Erstens geht es um eine allgemeine Senkung der globalen Wachstumsrate des Sozialprodukts, nicht um eine Senkung auf Null (das ist meiner Ansicht nach – und ich werde das zeigen – nicht möglich), aber auf eine Mäßigung des Wachstums. Zweitens sollte diese Senkung der Wachstumsraten ergänzt werden oder muss auch ergänzt werden durch Maßnahmen im technologischen Bereich, im organisatorischen Bereich, im sozialen Bereich, die hier notwendig werden sowohl auf ökologischer wie auf ökonomischer Seite. Ich werde mich allerdings jetzt konzentrieren auf den ersten Teil dieser Doppelstrategie, also auf die Frage der Senkung der Wachstumsraten und damit beschäftige ich mich mit dieser Frage des Sozialproduktwachstums. Die einen meinen, dass alle Probleme, auch die ökologischen Probleme, gelöst werden können mit hohen Wachstumsraten oder sogar nur, weil hohe Wachstumsraten gegeben sind oder dann auch es ermöglichen, dass hier z. B. Subventionen gewährt werden, um diese gewissen Änderungen vorzunehmen, die in die ökologische Richtung gehen. Die anderen meinen umgekehrt, dass wir eigentlich auf Wachstum überhaupt verzichten können, ein Null-Wachstum anstreben sollten, denn wir hätten ja an sich genug, vor allem in industriellen Ländern hätten wir genug und wir müssten eigentlich gar nicht mehr immer nach Mehr streben. Ich bin überzeugt, dass beide Ansätze nicht hinlänglich – wenn ich das so sagen darf – nicht zu einer Lösung führen. Wir brauchen ein Wachstum, aber brauchen ein mäßigeres Wachstum und wir brauchen auch Ergänzungen in spezifischen Maßnahmen, aber die können nur durchschlagen, wenn man auch diese Wachstumsraten mäßigt. Worum geht es nun zuerst in der Analyse? Ich möchte am Schluss auch gewisse Reformen andeuten, aber ich möchte zuerst die Analyse bringen, weil es – meiner Ansicht nach – ohne die Analyse und Erkenntnis der Probleme, die sich stellen, auch nicht wirklich möglich ist, zu einer Lösung durch bestimmte Reformen zu kommen. Vor allem geht es darum, die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums zu verstehen, die zur Generallinie der Entwicklung heute geworden ist. Erst dann kann man auf die nachhaltigen Reformen der Wirtschaft eingehen, die nötig sind, die aus dieser Analyse

folgen. Die Dynamik beruht, und das ist nun der entscheidende Punkt, meiner Ansicht nach wesentlich auf der unendlichen Fortsetzung der Geldschöpfung und der Geldvermehrung. Das Geld ist etwas, was für die heutige Wirtschaft maßgebend ist, im Grunde genommen weiß das jeder. In der Schweiz sagt man: „Geld fößt“, und jeder weiß das im Grunde genommen, und Sie kennen vielleicht auch den Ausspruch „Geld allein macht nicht glücklich, man muss es auch noch haben“. Das ist die Grundidee, die die meisten Menschen auch internalisiert haben. „Money matters“, „auf Geld kommt es an“. Und das ist in einem viel größeren Maße der Fall als im Allgemeinen angenommen wird, vor allen Dingen als die Ökonomen annehmen, die immer noch von der Neutralität des Geldes ausgehen. Aber ich meine, 99 Prozent der Menschen wissen, dass doch das Geld maßgebend ist, 1 Prozent – sage ich einmal – , die Ökonomen wissen es nicht, aber das ist einer der seltenen Fälle, wo die Mehrheit Recht hat. Also hier würde ich mich der Mehrheit anschließen.

Nun, ich möchte in fünf Schritten vorgehen. Der erste Schritt betrifft die Frage: Wie passiert die Vermehrung des Geldes, wie passiert die Geldschöpfung? Um das zu erläutern, müssen wir zuerst wissen, was Geld ist. Sie wissen es, Geld ist an sich alles, womit man zahlen kann. Heute kann man zahlen mit Banknoten, also mit dem Papiergeld der Zentralbanken, man kann mit den Sichtguthaben auf den Girokonten, über die man durch einen entsprechenden Auftrag an die Bank verfügt, zahlen, oder durch Kreditkarten. Und 95 Prozent des Geldes mehr oder weniger, genau kann man das nicht berechnen, sind heute diese Girogutgaben, über die man bei den Banken verfügt. Und nur fünf Prozent etwa sind die Banknoten der Zentralbank. Das Buchgeld kann natürlich eingelöst werden in dieses Zentralbankgeld, aber die Banknoten können eben nicht mehr eingelöst werden in Goldmünzen, die letzten Reste dieser Einlösungspflicht sind in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts dahingefallen. Seither kann die Zentralbank beliebig Papiergeld herausgeben, Papier ist billig, ohne an irgendeine Grenze zu stoßen, die früher durch die Goldbindungen gegeben war. Nun, wie erfolgt die Geldschöpfung? Sie erfolgt dadurch, dass primär die Banken, nicht die Zentralbanken, Kredite geben an ihre Kunden, das sind vor allen Dingen die Unternehmen, das kann auch der Staat sein, das können auch Private sein, aber im Wesentlichen eben die Unternehmen. Die Banken produzieren auf diese Weise Geld, sie schaffen durch die Gewährung von Krediten Geld. Dies geschieht, indem die Bank den Kreditnehmern einen dem Kredit entsprechenden Betrag auf ein Girokonto gutschreiben. Diese

Gutschrift, die man auf Sicht einlösen kann in Zentralbankgeld, ist eben Geld, ist das Buch- oder Bankgeld. Es ist zu 100 Prozent neues Geld, es wird kein Betrag auf einem anderen Konto bei dieser Gelegenheit abgebucht. Das heißt, wir brauchen kein Sparen als Voraussetzung für diese Kreditgewährung. Das ist der entscheidende Punkt, den man sich ausrechnen muss. Natürlich muss allerdings ein Teil der Bankguthaben von der Bank eingelöst werden in Zentralbankgeld – ich habe gesagt, etwa fünf Prozent – und deswegen müssen auch die Banken über Zentralbankgeld verfügen, sie müssen ein Guthaben haben bei der Zentralbank, das sie ständig in Banknoten einlösen können. Aber der entscheidende Punkt ist nun, dass sie sich ständig refinanzieren können bei der Zentralbank. Wie? Indem sie Kredite, die sie selber an ihre Kunden gegeben haben, bei der Zentralbank hinterlegen, entweder geben sie sie als Pfand oder sie verkaufen diese Kredite an die Zentralbank und die Zentralbank kann, wie gesagt, dann beliebig den Banken Zentralbankgeld zur Verfügung stellen, also Banknoten ausgeben ohne irgendwie, ich wiederhole, an Grenzen zu stoßen, die früher durch die Einlösbarkeit in Gold gegeben waren. Und so kann die Geldschöpfung unendlich weitergehen ohne an irgendwelche Grenzen zu stoßen.

Der zweite Schritt, wie wird nun diese Geldmenge verwandelt in reale Güter? Entscheidend ist dabei, dass die Vermehrung der Geldmenge, die durch Vermehrungen der Kredite erfolgt, in der Regel – nicht immer – zu wirtschaftlichem Wachstum führt. Denn die Unternehmen, welche die Kredite aufnehmen, wollen ja nicht einfach nur Geld haben, sie wollen das Geld investieren. Sie wollen damit Produktionsleistungen kaufen, Arbeitsleistungen, Energie, Rohstoffe, Maschinen usw., um mit diesen Leistungen die Produktionskapazität und die Produktion zu erhöhen. Auf diese Weise wird das neu geschöpfte Geld nachträglich doch einlösbar, allerdings eben nicht mehr in Gold, sondern in zusätzlich produzierte Güter. Die Geldschöpfung, die durch Kreditschöpfung erfolgt, führt so zu einer realen Wertschöpfung. Auf dieser Weise wächst in der Regel – ich sage in der Regel, nicht immer – auf der Grundlage der Geldschöpfung das reale Bruttosozialprodukt. Also, eine Verwandlung von Geld in reale Güter, die eben gegen Geld auch verkauft werden können.

Dritter Schritt, das Perpetuum mobile dieses Wachstums. Das Wachstum hat sich im Laufe der Zeit in ein Perpetuum mobile, zu einem Prozess entwickelt, der sich selbst in Gang hält, indem er selbst die Voraussetzung schafft, die eine ständige Fortsetzung ermöglicht. Wie geschieht dies? Zuerst gilt es, die Notwendigkeit des Einsatzes von Geld zur Kapitalbildung und damit zur

Gründung oder Erweiterung der Unternehmen und zur Erzielung von Gewinnen, die die Kapitalbildungen rechtfertigen, zu erklären. Es ist zu beachten, die Unternehmen müssen die Produktionsleistungen der Haushalte und die Produktionsmittel anderer Unternehmen heute bezahlen, wenn sie gekauft und eingesetzt werden. Das heißt, wenn die Unternehmen die Produktion in Gang setzen, können sie die Produkte, die mit diesen Produktionsleistungen produziert werden, erst morgen verkaufen. Dann, wenn sie produziert worden sind. Die Produktion braucht Zeit. Die Unternehmen müssen daher einen Vorschuss an Geld haben. An Geld, das sie noch nicht verdient haben. Das ist ein Vorschuss. Dieser Vorschuss ist nichts anderes als das Kapital. Man hat viel philosophiert, was Kapital ist und noch mehr, was Kapitalismus sei usw., aber im Grunde genommen ist Kapital etwas ganz Einfaches. Es ist ein Vorschuss, den die Unternehmen in der Hand haben müssen, bevor sie das Geld verdient haben, das sie mit diesem Vorschuss verdienen werden. Der Vorschuss, eben dieses Kapital, trennt sich in das Fremdkapital – das sind die Kredite, die sie vor allen Dingen von den Banken bekommen – und in das Eigenkapital, das vor allen Dingen von den Haushalten zur Verfügung gestellt wird (heute vor allen Dingen durch den Kauf von Aktien), oder es ist der Teil des Gewinns, der von einem Unternehmen zurückbehalten, also weiter investiert und nicht als Dividende ausgeschüttet wird. Ohne eine solche Vorfinanzierung, ohne eine solche Kapitalbildung, also ohne Verwandlung des Geldes in Kapital, ohne Vorschuss gibt es keinen Markt, keine Investitionen und kein Wachstum der Wirtschaft. Das ist anders als in der Bauernwirtschaft, der traditionellen Bauernwirtschaft, wo der Bauer einfach auf dem Boden, den er schon besitzt, mit seiner eigenen Arbeitskraft gearbeitet hat. Da braucht es kein Kapital, keinen Vorschuss. Aber in unserer heutigen Wirtschaft, der Marktwirtschaft, braucht es diesen Vorschuss.

Der vierte Schritt: Dieser Vorschuss braucht auch einen Gewinn, der diesen Vorschuss rechtfertigt. Warum? Weil der Einsatz des Kapitals ein Risiko enthält, das entgolten werden muss. Das Risiko ergibt sich daraus, dass Unternehmen heute, die Kapital investieren, nicht wissen können, in welchem Ausmaß das Kapital, also das investierte Geld wieder zurückfließt. Denn der Rückfluss erfolgt ja erst in der Zukunft und jede Zukunft ist unsicher. Damit die Unternehmen das entsprechende Risiko eingehen, müssen sie daher berechtigter Weise – möchte ich hinzufügen – einen Gewinn erwarten dürfen, aus dem sowohl der Zins für das Fremdkapital gezahlt werden kann sowie ein genügend großer Reingewinn für das

Eigenkapital übrig bleibt, der mindestens das Risiko deckt. Dies muss im Durchschnitt, wenn die Wirtschaft funktionieren soll, für alle Unternehmen gelten. Das heißt, es muss die Chance eines Gewinns stets größer sein als die Chance eines Verlusts. Das bedeutet, dass der Erwartungswert der Gewinne in der Gesamtwirtschaft positiv sein muss. Dies ist der Fall, aber nur dann der Fall, wenn erfahrungsgemäß die Häufigkeit des Gewinns insgesamt stets größer war und weiterhin größer ist als die Häufigkeit des Verlusts. Wenn also Unternehmen im Saldo stets Gewinne gemacht haben und weiter machen, also aus der Summe von Gewinnen und Verlusten im Saldo stets ein Gewinnüberschuss resultiert. Jetzt stellt sich die Frage, wieso, wie kann ein solcher gesamtwirtschaftlicher Gewinnüberschuss entstehen? Die Gewinne der Unternehmen sind ja an sich grundsätzlich nichts anderes als die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, oder genauer: zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmen für die Herstellung der Produkte, aus denen die Unternehmen die Einnahmen erzielen. Also gleich der Differenz zwischen Ertrag und Kosten. Damit die Unternehmen zusammen im Saldo stets Gewinne erzielen können, müssen daher die Einnahmen aller Unternehmen zusammen stets größer sein als die Ausgaben aller Unternehmen zusammen. Wie soll das vor sich gehen? Das bedeutet ja, dass alle zusammen mehr einnehmen als ausgeben. Wie soll das möglich sein? Es ist sicher nicht möglich, wenn das Geld nur im Kreis fließt. Das heißt, wenn das Geld, das die Unternehmen den Haushalten für ihre Produktionsleistungen bezahlen, einfach wieder von den Haushalten dazu verwendet wird, um die Produkte zu kaufen, die die Unternehmen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Denn dann würden sich Einnahmen und Ausgaben der Unternehmen nur immer gerade ausgleichen. Es gäbe also in der Summe von Gewinnen und Verlusten keinen positiven Gewinnsaldo. Wie kann dieser entstehen? Die Antwort liegt auf der Hand: Nur wenn Geld zufließt. Wie fließt aber in einer modernen Wirtschaft Geld zu? Wir wissen es bereits: Indem die Unternehmen bei den Banken Kredite aufnehmen, die die Banken mindestens zum Teil durch Geldschöpfung bereitstellen; also durch Vermehrung der Geldmenge auf dem Kreditweg. Die Unternehmen brauchen Kredite, es sei wiederholt, um zu investieren und das aufgenommene Geld zusammen mit dem reinvestierten Reingewinn für den Kauf von zusätzlichen Produktionsleistungen, insbesondere auch von den Haushalten zu verwenden, also um zu wachsen. Die Einkommen der Haushalte als Anbieter dieser Arbeit und Produktionsleistung steigen auf diese Weise mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – oder eben Sozialprodukts, allgemeiner gesagt – und die Gewinne der Unternehmen mit dem Wachstum

der Einkommen der Haushalte, indem diese das Einkommen für den Kauf der Produkte ausgeben, die die Unternehmen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Der Trick dabei ist, dass die Haushalte ihr Einkommen für den Kauf der Produkte, welche die Unternehmen mit ihrer Hilfe herstellen, sofort ausgeben, denn die Haushalte müssen ja überleben. Das Einkommen wird sofort zu Einnahmen der Unternehmen. In diesem Zeitpunkt können Unternehmen aber nur die Produkte verkaufen, die sie schon produziert haben, bevor die neuen Investitionen und damit die Kredit- und Geldvermehrung zustande gekommen ist. Dies bedeutet, dass die Einnahmen der Unternehmungen vor den Ausgaben für die Produkte, die schon produziert worden sind, die sie jetzt verkaufen können, steigen und so die Erträge größer sind als die Kosten. So entsteht in der Volkswirtschaft im Saldo aller Gewinne und Verluste gesamtwirtschaftlich stets ein Gewinn, wenn sich das Wachstum der Wirtschaft fortsetzt. Auf diese Weise entwickelt sich der Wirtschaftskreislauf zu einer Wachstumsspirale, zu einem Perpetuum mobile, indem das Wachstum der Produktion mit Hilfe der Geldschöpfung die Voraussetzungen dafür schafft, dass Gewinne entstehen und mit den Gewinnen wieder die Voraussetzungen dafür, dass Geld als Kapital eingesetzt wird und so ein weiteres Wachstum möglich wird.

Fünfter Schritt, der Wachstumszwang. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts mündet allerdings in einen Wachstumszwang. Der Wachstumsprozess muss immer weiter gehen, denn wenn nicht immer eine neue Ausweitung der Geldmenge aufgrund neuer Investitionen, die eine zusätzliche Nachfrage kreieren, erfolgt, fällt die aus der letzten Investition nachrückende Angebotserhöhung sozusagen ins Leere. Dann steht kein entsprechender Zuwachs der Nachfrage dem schon erfolgten Zuwachs des Angebots gegenüber. Der Kapazitäts- oder Produktionseffekt der Investitionen der vergangenen Periode tritt ein, ohne dass er vom Einkommenseffekt einer neuen Investition aufgenommen wird. Entsprechend sinkt die Gewinnrate physisch unter die Höhe, welche die Unternehmungen oder die Kapitalgeber im Minimum für das Eingehen des Investitionsrisikos erwarten. Die Unternehmungen werden nicht mehr für Ersatzinvestitionen sorgen und so allmählich die Produktion auslaufen lassen. So können auch die Zinsen nicht mehr bezahlt werden, ein immer größerer Teil der Unternehmen wird Verluste machen und daher durch Bankrott aus dem Produktionsprozess ausscheiden. An die Stelle des Wachstums der Wirtschaft tritt eine fortlaufende Schrumpfung der Wirtschaft. Die Wachstumsspirale kehrt sich um und mündet in eine

Schrumpfungsspirale. Daraus ergibt sich ein Wachstumszwang, in dem Sinne, dass, wenn eine minimale Wachstumsrate unterschritten wird, also minimal im Sinne von Risikodeckungen, die Alternative zum Wachstum die Schrumpfung ist. Das heißt, Stabilität und Nullwachstum sind in der heute gegebenen modernen Wirtschaft nicht möglich. Es darf bei den gegebenen Bedingungen unseres Geldsystems kein Ende des Wachstums geben. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Wachstumsrate beliebig hoch sein muss, es genügt eine minimale Wachstumsrate, eben eine Wachstumsrate, die das Risiko der Investition deckt. Aufgrund plausibler Annahmen habe ich die Höhe der globalen Wachstumsrate in meinem Buch „Die Wachstumsspirale“ auf 1,8 Prozent berechnet. Sie sollte aber noch weiter gesenkt werden können, wenn das Risiko gesenkt werden kann. Auf jeden Fall ist sie wesentlich geringer als das heutige globale Wachstum von vier bis fünf Prozent. Also schon an sich eine radikale Änderung, aber nicht eine Änderung auf ein Nullwachstum. Die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Wachstums ist allerdings, dass sich ihm keine Hindernisse entgegen stellen. Das ist aber nicht garantiert. Das Wachstum wird durch Krisen gefährdet, die immer akuter werden, je stärker sich die Dynamik des Wachstums entwickelt. Im Vordergrund steht und stand die Gefahr von Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie wir sie 2007/08 erlebt haben. Sie sind in erster Linie die Folge einer übertriebenen Geldschöpfung, die nicht zur Finanzierung realer Produktionszuwächse dient, sondern zum spekulativen Kauf von Vermögenswerten, vor allen Dingen von Aktien. In Erwartung, dass deren Preise gerade wegen der ständigen Geldvermehrung immer weiter steigen werden, hat man auch Kredite aufgenommen bei den Banken, um Aktien zu kaufen oder Vermögenswerte allgemein, speziell Aktien zu kaufen, in der Erwartung, dass man zusätzliche Gewinne, wenn es auch zuerst Buchwertgewinne sind, machen kann, in dem der Zins niedriger ist als die Steigerungsrate der Aktien. Das setzt einen relativ niedrigen Zins voraus. Das war auch der Fall Anfang dieses Jahrhunderts und hat dann die Möglichkeit gegeben, dass man mit relativ geringem Aufwand eine Vermögenswertsteigerung bekommt ohne irgendeine Leistung erbringen zu müssen. Diese Erwartung ist natürlich eine Spekulation und die Spekulation ist gefährdet. Sie ist dann vor allen Dingen gefährdet, wenn die Zinsen steigen. Die Zinsen können dann steigen aufgrund der Zentralbankpolitik, wenn die Zentralbank fürchtet, dass sich eine Inflation ergeben würde. So ist das 2006/07 auch passiert, der Zins wurde in Amerika von einem Prozent auf fünf Prozent gesteigert und das hat die Krise im Wesentlichen ausgelöst. Dann haben die Zentralbanken die Zinsen wieder gesenkt, aber es hat nicht

genügt, der Staat musste einspringen. Dieser hat sich dann verschuldet und das hat zur Verschuldungskrise der Staaten geführt, die wir jetzt erleben und die besonders akut ist. Aber wenn es keine Finanzkrisen geben würde, wäre dann alles in Ordnung? Nein, natürlich nicht, weil sich die Wachstumstendenz nur durchsetzen lässt, wenn genügend natürliche Ressourcen vorhanden sind, aus denen die Rohstoffe und Energie gewonnen werden, welche die Basis der Mehrproduktion bilden. Immer mehr wird aber, wie wir alle wissen, das Wirtschaftswachstum mit der langfristigen Knappheit der Natur sowohl auf der Ressourcenseite wie auf der Abfall- und der Emissionsseite konfrontiert. Denn, jetzt kommen wir eben doch allmählich zur Erkenntnis, die Welt und damit die Natur sind nicht unendlich groß. Ihre Nutzung kann daher nicht beliebig ausgedehnt werden. Die absehbare Verknappung vor allem von Energie, aber auch von Nahrungsmitteln und bestimmten Rohstoffen hat ja bereits vor der letzten Krise, Anfang 2007/08, zu starken Preissteigerungen geführt. Diese machen sich heute wieder bemerkbar, wobei sich über diesen langfristigen Trend nach oben hin eine große Labilität der Preise bemerkbar macht, mit rauf und runter gehenden Preisbewegungen. So dass sich also heute in der ökologischen Krise – wenn man so sagen will – die Verknappung der Umwelt im Sinne der Ressourcen und der Abfallseite auch in der ökonomischen Welt bemerkbar macht. Und gerade das ist der Grund, warum ich meine, dass heute auch die Möglichkeit gegeben ist, anzuknüpfen bei der gleichzeitigen Krisenanfälligkeit im ökonomischen und ökologischen Bereich.

Damit gehe ich zu den Fragen über: Wie kann man die Sache reformieren? Wie kann man zu einer Lösung kommen? Ich habe hier zwei Ansätze, die ich aber, da ich schon genügend Zeit verbraucht habe, nur nenne. Das eine wäre eine Reform des Geldsystems im Rahmen eines 100-Prozent-Geldes basierend auf der Idee des amerikanischen Ökonomen Irving Fisher des letzten Jahrhunderts. Das zweite wäre eine Reform des Unternehmens-, vor allen Dingen des Aktienrechts, das heute ausgerichtet ist auf Wachstum und das durch eine eigene Reform gemäßigt werden müsste. Ich hoffe, dass wir auf diese beiden Reformvorschläge dann in der Diskussion zurückkommen können.

Ich möchte enden mit Vorstellungen darüber, dass die Reformen im Geld- und Unternehmensbereich die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft und der Umwelt wesentlich verringern und allerdings eben nicht auf Nullwachstum ausgerichtet sein können. Wir benötigen daher weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Energie- und Rohstoffeffizienz durch Vorschriften, vor allen

Dingen technologischer und organisatorischer Natur und wir brauchen auch Maßnahmen, natürlich auch im Finanzbereich, die ergänzend dazukommen. Umgekehrt gilt allerdings auch, dass alle diese Maßnahmen nicht genügen, wenn das globale Wachstum des Sozialprodukts auf dem hohen Niveau von 4 bis 5 Prozent bleibt, das mit Ausnahmen der Krise von 2007/08 der letzten Zeit die Regel war. Die Reduktion des Wachstums ist notwendig, das möchte ich noch einmal wiederholen, damit nicht die Erhöhung der Effizienz pro Produkteinheit stets durch eine Steigerung der Produktmenge überspielt wird und damit eine nachhaltige Wirtschaftsweise nicht realisiert werden könnte. Wir brauchen eine Reduktion des Wachstums von vier bis fünf Prozent auf mindestens 1,8 Prozent. Denn, was heißt vier bis fünf Prozent Wachstum? Das heißt hier eine Verdopplung des Sozialproduktes alle vierzehn bis sechzehn Jahre und dann wieder eine Verdopplung in 32, 34 Jahren. Das heißt, auf das vierfache und im weiteren auf das achtfache und so weiter, das ist schlicht und einfach nicht möglich. Es können auch alle Effizienzmaßnahmen, die man ergreift, nicht dagegenhalten. Wir brauchen, das noch einmal meine Überzeugung, eine Dämpfung der wirtschaftlichen Wachstumsrate des Sozialprodukts. Danke.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ja, vielen Dank Herr Prof. Binswanger. Wir haben uns in der Obleuterunde verständigt, dass wir zunächst eine Fraktionsrunde machen, dass alle Fraktionen einmal zu Wort gekommen sind und dann aber in die offene und ich denke lebhaftere Diskussion eintreten werden. Herr Dr. Zimmer, bitte schön.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU): Also Herr Prof. Binswanger, es fällt natürlich schwer, nach einem so eloquenten Vortrag, in dem auch viele für mich neue Ideen formuliert worden sind, sozusagen ad hoc nun Fragen bzw. Einwände zu formulieren. Ich will es nichtsdestotrotz einmal versuchen. Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass eines der großen Probleme, das wir mit dem Geldsystem haben, nicht darin liegt, dass Buchgeld nicht zu 100 Prozent bei der Zentralbank hinterlegt wird, sondern, dass das Problem in den Hebelwirkungen des Geldes liegt. Das heißt, dass mit relativ wenig Mitteleinsatz relativ viel Geld bewegt werden kann in einer spekulativen Form und dass das einer der wesentlichen Gründe für die Finanzblase gewesen ist. Meine erste Frage: Teilen Sie mit mir die Interpretation, dass ein wesentlicher Bestandteil der Finanzkrise von 2008/2009 darin zu suchen ist, dass sich die Finanzströme in einem Maße von der realen Volkswirtschaft abgekoppelt haben, also von den Produkten, die hergestellt worden sind, dass

sozusagen von einem vernünftigen relationalen Verhältnis zwischen beiden überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann? Meine zweite Frage ist mehr philosophischer Art. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass das eine ausgesprochen schwierige Sache sein wird zu 1,8 Prozent Punktlandung zu kommen, auch wenn man gewissermaßen zu 100 Prozent die Hinterlegung des Buchgeldes bei den Zentralbanken als dämpfenden Faktor mit einbeziehen will. Ich habe so ein wenig die Befürchtung, dass das ein wenig an der Realität der kreativen Potenziale der Menschen vorbeigeht, die ja der eigentlich treibende Faktor technologischen Fortschritts und Wachstums sind. Da würde ich gerne einmal wissen, wie Sie das interpretieren.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, danke für die Fragen. Das erste führt ja dazu, dass ich kurz erläutern kann, worum es hier bei dieser Geldsystemänderung geht. Also, meine Vorstellung ist, dass die Zentralbanken verlangen können, dass die Kredite, die die Banken geben, zu 100 Prozent durch Zentralbankgeld hinterlegt werden. Das bedeutet aber, dass die Zentralbanken eine Möglichkeit bekommen, von vornherein die Kreditmenge und die Geldmenge insgesamt zu regeln, wobei es Sache der Banken ist, wie sie ihre Kredite verteilen. Nicht erst nachträglich; heute ist es ja so, dass die Banken Kredite geben und dann gibt es eine eigene Abteilung in der Bank, die schaut, wie viel die Banken heute noch an Zentralbankgeld benötigen und wie viel sie hinterlegen müssen. Dann gucken sie, ob das genügend ist, um die Fünf-Prozent-Regel oder was es jetzt immer ist einzuhalten. Die Zentralbanken müssen dann reagieren, auf das, was schon passiert ist. Die Geldmehrung ist vorher passiert und dann müssen sie irgendwie schauen, ob sie reagieren können, vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der Inflation, die sie verhindern sollten. Aber wenn sie nachträglich, also reaktiv handeln, und das hat sich 2007/08 gezeigt, dann bringen sie die Wirtschaft in eine Krise. Dann können die Banken eben nicht mehr bedienen, die Kredite, die sie geben wollen und sie müssen dann unter Umständen auch Kredite kündigen, die dann dazu führen, auch reale Kredite, die sie gegeben haben, und das führt in die Krise der Wirtschaft, nicht nur der Finanzen. Deswegen die Meinung, dass die Zentralbank von vornherein, also aktiv und nicht reaktiv, die Geldmenge schon regeln können muss. Das ist eigentlich die Forderung. Im Grunde genommen geht es darum, dass wir eine Zwischenlösung suchen müssen zwischen der ursprünglichen Goldbindung des Geldes, das ja lange der Fall war, die aber dazu geführt hat, dass die Geldmenge sich nur relativ wenig entwickeln konnte, und der heutigen Situation, wo wir eine Geldmengenvermehrung haben, die praktisch

ausschließlich geregelt wird durch den Geschäftssinn der Bank, die also auf die Renditen der Banken ausgerichtet ist. Wenn das ins Unendliche geht, weil die Zentralbanken gar nicht mehr wirklich regulieren können, ohne durch Risiken gefährdet zu werden, dann ist das eine Ausuferung, die nicht verträglich ist mit einer Begrenzung der Welt. Das ist die Grundthese und wir müssen einen Kompromiss suchen zwischen der ursprünglichen Goldbindung und dieser völligen Ausuferung des Geldes. Das ist unsere Aufgabe. Ob das jetzt genau mit dem 100-Prozent-Geld der Fall ist oder nicht, ist eine zweite Frage. Ich meine, dass es eine relativ günstige Reformmöglichkeit darstellt. Dann kommt die Acht-Prozent-Geld-Regel, das ist natürlich eine gewisse Faustregel, die natürlich nicht im Einzelnen genauer sagt wie das sein sollte, aber ich glaube nicht, dass man die Initiative und die Erneuerungen, die Investitionen und die Innovationen allein durch Geldvermehrung in Gang bringt. Wenn man sie doch in Gang bringt, könnte das auch dazu führen, dass man nicht sinnvolle Investitionen macht, sondern solche, die zu einer wahnsinnigen Verschwendung der Ressourcen führen und damit umweltunverträglich sind. Ich würde meinen, dass sogar die Bauern früher durchaus auch innovativ waren, obwohl sie nicht gedrängt wurden durch einen Investitionszwang und dass sie dadurch die Möglichkeit hatten innovativ weiterzugehen. Das ist eine philosophische Frage, die durchaus erörtert werden muss, aber ich glaube es ist eine Frage, die sich wirklich stellt. Also, die man unter Umständen so oder auch so beantworten kann.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Zunächst auch von meiner Seite aus herzlichen Dank für den Vortrag und vor allen Dingen die Denkanstöße, die Sie uns mit diesem Vortrag vermittelt haben. Den Denkanstoß, dass es sinnvoll ist, dass man schon überlegt, wie kann man eigentlich Wachstumsraten erreichen, die tatsächlich ein nachhaltiges Wachstum ermöglichen halte ich für wichtig, weil ich Ihre Auffassung teile, dass Ressourcen nicht unbegrenzt sind. Das gilt ja nicht nur für die Ressourcen, über die wir im Augenblick diskutieren, die seltenen Erden, um nur ein Beispiel zu nennen, sondern es gilt ja für andere Ressourcen auch, sei es Wasser oder andere Ressourcen. Wir haben keine Unbegrenztheit von Ressourcen, sondern wir haben nur begrenzte Ressourcen. Deshalb denke ich, ist es wichtig, miteinander zu erörtern, wie kann man diese begrenzten Ressourcen so einsetzen, dass sie auch wirklich langfristig genutzt werden können, zur Nutzung zur Verfügung stehen und nicht so zerstört werden, dass sie nur für eine Generation zur Verfügung stehen. Ihr Modell und Ihre

Lösung, die Sie vorschlagen, die würde ich gerne ein bisschen genauer miteinander erörtern und diskutieren, weil ich durchaus Ihren Gedanken folgen kann und den auch durchaus für überlegungswert halte, wie man nämlich für die fehlende Goldreservedeckung ein Äquivalent schaffen kann. Weil es sicherlich richtig ist, dass die Spirale, die Sie beschrieben haben, im Grunde genommen nicht auf die Knappheit von Ressourcen oder auf Verknappungen generell reagiert. Was mich aber bei dem Vorschlag einfach interessiert und wo ich noch Fragen habe: Wenn Sie von dem Modell oder von dem Vorschlag eines 100-Prozent-Geldes ausgehen, das ja nichts anderes verlangt, als dass es wirklich eine 100-prozentige Deckung der Kredite geben muss – so habe ich Sie jedenfalls verstanden – , die wirklich ganz konkret hinterlegt werden müssen, wir also nicht mehr Kreditpakete haben, die gar nicht mehr wirklich transparent und überschaubar sind. Wie werden dann eigentlich die Bewertungskriterien formuliert, wer formuliert die Bewertungskriterien? So wie Sie es beschrieben haben, findet dieser Prozess sehr stark auf einer höchstens nationalstaatlichen Ebene statt. Auf der Ebene des Unternehmens alleine und auf der von nationalstaatlichen Unternehmen ist es für mich noch nachvollziehbar. Nur wie wird ein solches Modell umgesetzt in einer derartig global vernetzten Welt mit internationalen Finanzströmen, die wir in einem ganz erheblichen Maße haben, wie können zum Beispiel die unterschiedlichen Wachstumsraten der Volkswirtschaften, die wir ja weltweit haben, berücksichtigt werden? Kann man das überhaupt in so einem Modell? Müssten nicht in einem solchen Modell die Unterschiede zwischen Schwellenländern und bereits entwickelten Volkswirtschaften berücksichtigt werden, wie kann man diese Unterschiede in einem solchen Modell überhaupt mitdenken? Das würde mich einfach interessieren, wenn Sie dazu noch einige Ausführungen machen könnten. Den zweiten Punkt, um noch einmal bei Ihrem Beispiel des Bauern zu bleiben. Ein ganz konkretes Beispiel, Frau Arndt-Brauer und ich haben das kurz miteinander diskutiert, wir brauchen natürlich auch für die Umsetzung der Innovationen sicherlich nicht nur Geld, das weiß ich sehr wohl, aber wir brauchen auch Förderinstrumente, damit sie sich gegenüber den bereits vorhandenen Gütern und Technologien überhaupt erst behaupten können. Schumpeter hat zurecht immer darauf hingewiesen, dass Innovationen auch eine kreative Zerstörung bedeuten. Weil Innovationen ja nicht auf ein völlig leeres Feld treffen, sondern bereits Güter vorhanden sind, Innovationen in der Regel ja Veränderungen, Verbesserungen vorhandener Güter darstellen, die sich aber nicht per se erfolgreich durchsetzen können – auch wenn sie z. B. ressourcensparender sind. Das ist ja unsere Erfahrung und deshalb will

ich nun das Beispiel EEG nennen, Energieeinspeisegesetz, über das wir ja genau versucht haben, solchen energiesparenden Technologien die Tür einfach zu öffnen, damit sie sich auch gegenüber den vorhandenen Technologien überhaupt behaupten und durchsetzen können. Wie spiegelt sich das in Ihrem Modell wieder? Das knüpft wieder an diese Frage der Kriterien an. Letzter Punkt: Sie haben darauf hingewiesen, dass neben dieser 100-Prozent-Deckung Ihr Vorschlag auch beinhalten würde, eine Änderung des Aktienrechtes und des Unternehmensrechtes. Da würde mich aber ein bisschen interessieren, welche Eckpunkte zumindest Sie dort vorschlagen, weil Sie jetzt überhaupt nicht darauf eingegangen sind. Aber wenn es ein funktionsfähiges Modell sein sollte, ist es, glaube ich, auf der Hand liegend, dass es nicht mit dem bisherigen und alten Aktienrecht einhergeht. Von daher wäre es schön, wenn Sie dazu auch noch einige Kernpunkte nennen könnten.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Wir sammeln ein bisschen. Herr Prof. Paqué wäre als nächster an der Reihe.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ja, vielen Dank. Ich fand es sehr interessant, aber ich bekenne, dass ich als Volkswirt ein kleines bisschen irritiert bin von Ihrer Theorie. Vor allem ein ganz zentraler Punkt ist, dass in Ihrer Theorie eigentlich der technische Fortschritt überhaupt nicht vorkommt als Determinante des Wachstums. Sie erklären Wachstum allein aufgrund von monetären Expansionen. Es ist mir zumindest aus Ihrem Vortrag nicht klar geworden, wie Sie das in Verbindung bringen zu der Innovationskraft, den neuen Ideen, die die Wertschöpfung schaffen in einer Volkswirtschaft und die letztlich nach der allgemeinen Meinung der Wachstumsökonomik die treibende Kraft des realen Wachstums sind. Ich habe zufälligerweise ein Buch dabei: „The Economics of Growth“ von Philippe Aghion und Peter Howitt. Das ist ein Standard-, modernes wachstumsökonomisches Buch, das hat 18 Kapitel, in 17 davon kommt Geld gar nicht vor. Weil es in der Tat um den Prozess geht, es werden Volkswirtschaften modelliert, aber so, dass letztlich die Kernfrage ist: wie neue Ideen entstehen aufgrund welcher Anreize, welchen Strukturwandels, welcher gezielten Forschung und Entwicklung, das kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor. Also, zunächst einmal einfach zum Verständnis dieser Theorie. Der zweite Punkt, eng damit verknüpft, ist die fishersche 100-Prozent-Mindestreserve, die Forderung, die Sie aufstellen, um den Blasen und Risiken Herr zu werden. Das würde natürlich bedeuten, wenn man das macht, dass genau die Finanzierung der wachsenden

Innovationskraft – die ja auch dazu dient, die ökologischen Knappheiten ein Stück weit in den Griff zu bekommen – , dass die massiv eingeschränkt würde. Das ist völlig klar: Gelegentlich läuft es aus dem Ruder, da kommt es zu einer außerordentlich schweren Krise, darüber muss man sicherlich nachdenken, wie man das verhindert oder die Wahrscheinlichkeit reduziert. Aber nur eine 100-prozentige Reserve ist ein außerordentlich drakonisches Mittel, um die Sache in den Griff zu bekommen. Da ist meine Frage: Wäre da nicht wirklich die Umsetzung von Innovationen in einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft gefährdet? Der dritte Punkt betrifft eine faktische Frage. Sie sprechen davon, dass wir herunter müssen von vier bis fünf Prozent Wachstum auf 1,8 Prozent. In Deutschland haben wir in den letzten 20 Jahren gar nicht mehr ein höheres Wachstum als 1,8 Prozent per annum im Durchschnitt gehabt. Es gibt sogar Länder, wie Japan, da war es noch viel weniger. Obwohl übrigens Japan sehr viel Geld in seine Ökonomie gepumpt hat, aber offenbar nicht sehr erfolgreich. Meine Frage entspricht in Ihren Modellvorstellungen der heutigen Realität in Industrieländern. Es gibt kaum ein Industrieland, das noch ein Wachstum von vier bis fünf Prozent aufweisen kann. Also ein Wachstum, ich spreche jetzt nicht von einer konjunkturellen Erholung wie wir sie jüngst z. B. in Deutschland beobachten. Allerletzter Punkt: Die Welt ist ja außerordentlich unterschiedlich. Die Wachstumsraten sind ja in Brasilien, in China, in Indien sehr viel höher als sie bei uns sind. Meine Frage: Wie stellt sich das in Ihrer Theorie da? Machen die nur eine andere Geldpolitik oder eine andere monetäre Expansion? Oder sehen Sie das nicht als reale Aufholprozesse, die dadurch entstehen, dass Wissen, das bereits in der Weltwirtschaft vorhanden ist, in irgendeiner Weise adaptiert wird? Und ist das nicht ganz richtig so in einem Land, dass die Aufholmöglichkeiten da einfach noch da sind und dass da auch keine immensen Stabilitätsgefahren da sind, soweit es nicht dramatisch überhitzt wird? Also, dass hier nicht ein ganz differenziertes Bild weltweit entsteht und nicht ein einheitliches Bild, wo man von einer einzigen Wachstumsrate reden kann. Im Übrigen, wie wollen wir die Länder daran hindern, diesen Weg zu gehen?

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Danke. Ich weiß nicht, ob ich alle Fragen wirklich beantworte, aber ich versuche es. Also erstens Mal wegen des 100-Prozent-Geldes. Das bedeutet natürlich eben nicht, dass man dann auf ein Wachstum der Geldmenge verzichtet. Das ist ja dann ausdrücklich möglich, eben von der Zentralbank gelenkt, aber nicht mehr allein durch die Geschäftsgesichtspunkte der Banken. Auch heute schon muss die

Zentralbank die Inflation der Güterpreise verhindern, sollte aber zusätzlich auch die Inflationen der Vermögenspreise, vor allen Dingen der Aktien, verhindern und dann nur ein Wachstum zulassen, das mehr oder weniger ressourcen- und umweltverträglich ist. Also, das wären die Gesichtspunkte und vielleicht, um es vorweg zu nehmen, als Möglichkeit, Sie werden sich auch mit der Sozialproduktmessung befassen und das könnte dann eine Aufgabe dieser alternativen Sozialproduktrechnungen sein, dass die Zentralbank auch auf diese schauen muss und eben nicht nur auf das Sozialprodukt, das rein auf Geldwerte ausgerichtet ist. Das könnte dann eine zusätzliche Bedeutung bekommen. Das vielleicht nur zu dieser einzelnen Frage. Nun die Frage der Imagination oder eben der neueren Entwicklungen im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt. Ja, das ist eine wichtige Frage, die sich stellt und die zur Auseinandersetzung führt und die habe ich sehr ausgiebig in diesem Buch „Die Wachstumsspirale“ geführt, dass diese endogene Wachstumstheorie der neoklassischen Theorie, die heute maßgebend ist, eigentlich den technischen Fortschritt nur deswegen einführt, weil sie nicht im Stande ist, die Wirklichkeit des Wachstums zu erklären. Es ist nämlich so, dass sie aufbaut auf einer makroökonomischen Produktionsfunktion, in der nur Arbeit und Kapital vorkommen, Kapital ist aber nicht das Geld, das man investiert, sondern es sind die Maschinen. Übrigens, die Maschinen ohne dass hier Energie erwähnt wird, denn Geld und Energie kommen in der heutigen Ökonomie nicht vor, meiner Ansicht nach die wichtigsten Faktoren, die die Wirtschaft heute charakterisieren und dann hat man stattdessen den technischen Fortschritt erfunden, um diese Lücke zu decken. Der technische Fortschritt spielt natürlich eine Rolle, das ist klar, ich habe dann auch in der weiteren Ausführung das Wort Imagination eingeführt, die menschliche Imagination spielt da eine große Rolle im Wachstum. Aber die Idee, dass mit technischem Fortschritt alles erklärt werden könnte, auch wenn man das auch ein bisschen verfeinert, indem man eben sagt: es geht um irgendwelche Lösungen, die sich einstellen durch Konzentration in verschiedenen Techniken usw. Das ist meiner Ansicht nach nicht durchschlagend, denn es ist wirklich so, dass es ein großes Defizit ist, wenn 17 Kapitel nicht um Geld handeln, dass das Wichtigste eben nicht drin steht. Weil was jeder weiß und was natürlich in der Betriebswirtschaftslehre eine große Bedeutung hat ist, dass man einfach Kapital haben muss, wenn man investieren will. Man muss Geld haben, bevor man das Geld verdient hat. Und das weiß jeder, der ein Unternehmen gründet oder erweitert, aber die Ökonomen wissen es nicht. Ganz eigenartig. Das ist so selbstverständlich, weil es etwas so selbstverständliches ist, wird es

übersehen. Das ist etwas geradezu schreckenerregendes, dass die Bedeutung des Geldes einfach nicht gesehen wird im Wachstumsprozess und die Ökonomie, die das behauptet, ist nicht aktuell. Das muss man einfach mal sehen, der technische Fortschritt wird ja nur als ein Lückenbüßer eingeführt. Es wird gar nicht erklärt, wie das Defizit der fehlenden Erklärung des Wachstums durch Arbeit und Kapital effektiv gedeckt werden kann. Technischer Fortschritt ist einfach ein Füllsel. Es ist ein Name, ein Begriff, aber es wird nicht erklärt, wie das wirklich funktioniert. Also, das muss man einfach hinzufügen, diese Auseinandersetzung finde ich sehr gut, dass sie das angesprochen haben, weil es wirklich um eine Auseinandersetzung in der ökonomischen Wissenschaft geht. Aber, was richtig ist, natürlich, die Imagination, also der technische Fortschritt an sich, die Idee, dass das hier eine Bedeutung hat, das ist natürlich richtig, aber jetzt kommt es eben darauf an, dass es ein technischer Fortschritt ist, der dann einigermaßen mit der Stabilität des Wachstums und des Ressourcenumgangs und der Umwelt verbunden ist. Das ist eben gefährdet, wenn man ein unendliches Wachstum der Geldschöpfung in Kauf nimmt oder geradezu propagiert, weil dann diese Erfindungen ja im Wesentlichen eher dazu führen, dass Umwelt verschwendet wird. Man muss ja immer daran denken, dass für den Eigentümer von Ressourcen ja die Natur, also die Beanspruchung der Ausbeutung der Ressourcen gratis ist. Der Eigentümer hat das Recht ohne irgendeine Bezahlung an die Natur und ohne irgendwie Rücksicht auf die Natur diese zu nutzen. Also, sowohl die erneuerbaren Ressourcen überzubeanspruchen, wie die nicht erneuerbaren einfach auszubeuten. Deswegen führt es dazu, wenn das mit den unnötigen Geldschöpfungen einhergeht, dass die Erneuerungen in erster Linie darauf gehen, wie man die Erdressourcen verschwendet – nicht, wie man sie einspart. Also, man muss von vornherein eine gewisse Mäßigung anvisieren können und dann fängt man an zu überlegen, ja was ist denn eigentlich sinnvoll. Wenn man das nicht tut, glaube ich, dann wird immer das unendliche Wachstum in den Vordergrund gerückt, auch im technischen Fortschritt. Der wesentliche technische Fortschritt bestand ja immer darin, dass man einmal gefragt hat, wie kann ich Arbeit durch Maschinen und Energie ersetzen. Das waren 90 Prozent des technischen Fortschritts. Gerade das muss man jetzt etwas in andere Richtung denken. Das glaube ich kann man nur tun, wenn man eine gewisse Mäßigung in den Vordergrund rückt. Die Frage noch wegen der Änderungen des Unternehmungsrechts. Ich glaube, dass das tatsächlich im Sinne des Aktienrechts eine wichtige Frage ist, weil die Aktiengesellschaft auf Wachstum ausgerichtet ist, auf unbedingtes Wachstum. Es ist ganz

gleichgültig, was man produziert, das einzige was entscheidend ist, wenn eine Aktie etwas wert ist, ist, dass man Gewinne macht und nichts anderes. Gehen Sie einmal in eine Generalversammlung in der Aktiengesellschaft, irgendeiner größeren Aktiengesellschaft, wo 1000 Aktionäre sind, dann sehen Sie, dass die einzige Kritik, die allenfalls vorkommt, die ist, die Manager hätten zu wenig Gewinne gemacht oder sogar Verluste in Kauf genommen. Das ist die Kritik und sonst wird hier nichts diskutiert. Also irgendwelche Umweltfragen usw., das ist völlig jenseits, außer wenn man Defizite auch im Umweltbereich findet, die dazu führen, dass die Gewinne weniger groß sind als sie sein sollten. Also, da muss man sehen: warum ist das so? Das liegt in der Sache: Das liegt darin, dass die Aktien bewertet werden an der Börse, an der Börse gehandelt werden können und an der Börse bewertet werden. Die Vorstellungen der künftigen Gewinne, die heute mit dem Zins abdiskontiert werden, sind um so größer, je größer die Investitionen sind, je mehr die Firma wächst. Das ist die allgemeine Annahme und deswegen lassen die Aktionäre da natürlich auch einen größeren Teil des Reingewinns in der Gesellschaft stehen, weil auf die Weise die Gesellschaft mehr investieren kann und dann kann sie auch mehr Kredite holen, weil ja natürlich die Kredite mit Eigenkapital unterlegt werden müssen, so dass dann die Aktienwerte steigen. Und sie steigen viel stärker, als der Verzicht auf die Dividenden groß ist. Allerdings sind das nur Buchwerte, die steigen. Das ist dann krisengefährdet. Als die Krise 2008 kam, standen in der Zeitung Fragen von den Leuten, die sagten, wo ist jetzt mein Geld hin, wo die Aktien gefallen sind? Ja, das war ja gar nicht da, das waren nur Buchwerte, es stand irgendwo im Buchzettel. Der Einzelne konnte reicher werden, wenn er rechtzeitig jemanden gefunden hatte, der eine Aktie zum höheren Wert gekauft hatte. Aber wenn alle verkaufen wollen, dann sind plötzlich auch die Buchwerte nichts mehr wert. Das ist das Problem, das sich stellt. Wenn es darum geht, auch die Aktiengesellschaften neu zu bewerten, damit sie stabiler werden, geht es nicht nur darum, dass man verhindern will, dass sie unablässig neue Gewinne machen, sondern auch darum, dass die Verluste vermindert werden, also, dass die ganze Sache stabiler wird. Das ist, glaube ich, wichtig. Ich habe einen Vorschlag, das ist eine Möglichkeit, gemacht, in dem ich die Aktien wieder aufteile in Namensaktien und Inhaberaktien. Namensaktien wären solche, die auf Dauer gelten, aber nicht mehr an der Börse gehandelt werden können und wo auch eine Sperrfrist von drei Jahren für den außerbörslichen Handel bestehen würde. Das wären die eigentlichen Eigentümeraktien. Die anderen wären die Inhaberaktien, die werden weiterhin an der Börse gehandelt und haben aber nur eine Laufzeit von 20

oder 30 Jahren, wären also eine Mischung zwischen Aktien heutigen Stils und den Obligationen. Sie würden dann zurückbezahlt werden auch mit dem ursprünglichen Eintrittsgeld, das dafür gezahlt wurde. Also, das wären zwei Möglichkeiten, beide würden dazu führen, dass die Aufschläge, die Gewinnsteigerungen nach oben, aber auch nach unten sehr eingeschränkt würden. Die Stabilität der Gesellschaften würde wesentlich dadurch erhöht werden. Das wäre so eine Möglichkeit, die sich stellt. Im Übrigen stellt sich die Frage, ob nicht auch mehr wieder auf Gesellschaften zurückgeführt werden sollte, die vollhaftende Gesellschafter haben oder dass umgekehrt auch Gesellschaften wie Stiftungen und Genossenschaften eine relevante Bedeutung bekommen müssen, wo nur das Kapital haftet, aber die nicht an der Börse gehandelt werden und dadurch weniger der Spekulation ausgesetzt sind. Das wären Möglichkeiten, die ich entworfen habe. Ich darf noch vielleicht darauf hinweisen, dass ich in meinem Buch „Vorwärts zur Mäßigung“ alle diese verschiedenen Vorschläge dargestellt habe, die ich jetzt nur kurz habe andeuten können.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Eine ganz kurze Nachfrage von Frau Bulmahn.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Vielen Dank für die Hinweise zum Aktienrecht und auch zum Unternehmensrecht. Ich würde Sie schon noch bitten, noch einmal auf die Frage, die ich auch gestellt hatte, globale Vernetzung, einzugehen, weil die jedenfalls für mich noch nicht erkennbar beantwortet ist, die aber, glaube ich, eine ganz wichtige Rolle spielt, wenn man dieses Modell der – ich nenne das einmal 100-Prozent-Deckung oder des 100-Prozent-Geldes – tatsächlich umsetzen würde.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, das ist ganz richtig, dass Sie noch einmal nachfragen, das ist mir untergegangen. Die Frage stellt sich natürlich: Kann überhaupt ein einzelnes Land z. B. eine 100-Prozent-Währung einführen? Es würde es – meiner Ansicht nach – können, weil es die Währung natürlich stärkt. Allerdings würde dann die Währung eher höher bewertet werden, weil sie natürlich stabiler ist. Sie würde eine Stabilität garantieren, die heute nicht besteht oder nicht mehr in dem Ausmaß besteht. Die andere Frage ist natürlich, sollte es nicht dann doch auf internationaler Ebene gemacht werden. Ich würde schon meinen, dass sich das aufdrängt. Heute wird die internationale Währung ja durch die Tatsache gelenkt, dass die USA-Währung, also der Dollar, die Leitwährung ist und dass sich die

Länder wie China und auch zum Teil Europa sowie Japan Dollar dadurch geholt haben, dass sie einen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber Amerika hatten und umgekehrt. Die Amerikaner hatten also ein Leistungsbilanzdefizit, das hat dazu geführt, dass allmählich der Dollar gesunken ist. Der Dollar kann ja abwerten im Gegensatz zu den einzelnen Ländern in der EU, wo z. B. Griechenland nicht abwerten kann, aber der Dollar kann abwerten und dadurch eine eigentliche Krise vermeiden. Aber es führt doch dazu, dass man sich allmählich fragt: Ist das der Weisheit letzter Schluss, einfach die ganze Weltwährung auf die Dollarwährung aufzubauen? Und ob nicht, wie es die Chinesen auch schon angeregt haben, eine Multiwährung als Leitwährung an die Stelle treten sollte. In dem Zusammenhang, würde ich meinen, könnte man auch die Frage des 100-Prozent-Geldes auf Weltebene diskutieren, um damit einen gewissen Ansatzpunkt zu gewinnen für eine solche Reform, die über die nationale Reform hinausgeht.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Reuter.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Vielen Dank. Ein paar Anmerkungen von mir. Ihre These des Wachstumszwangs ist natürlich für diese Kommission von ganz großer Bedeutung, weil es würde uns natürlich Freiheitsgraden berauben, wenn wir etwa hier zum Ergebnis kommen würden, dass wir uns Wachstum etwa aus Ressourcen Gründen gar nicht mehr leisten können, dann würde es ja bedeuten, wir müssen im Prinzip trotzdem irgendwie zu einem Wachstum kommen. Das wäre dann sozusagen ein Wachstum des Wachstums wegen, es wäre geradezu ein Wachstumszwang, den es dann unabhängig von den realen Gegebenheiten geben würde. Gerade, sage ich mal, mit Blick auf die demographische Entwicklung wird es meiner Prognose nach in den nächsten Jahren etwa in Deutschland – und das dürfte in der Schweiz und anderen entwickelten Ländern ähnlich sein – ohnehin zu keinem Wachstum, sondern eher von der Tendenz her zu einer Schrumpfung des BIP kommen. Das wäre natürlich dann eine große Bedrohung, das würde im Prinzip dann permanent Krise bedeuten, die wir dann haben. Je mehr man sich aber dann mit dieser Frage des Wachstumszwangs beschäftigt, desto mehr – zumindest für mich – hat sich das dann doch letztendlich relativiert und ich habe es positiv gesehen, dass Sie in dem jetzigen Vortrag den Zwang an dritter Stelle genannt haben und Nutzen und Grenzen des Wachstums vorgezogen haben. Ich weiß nicht, ob das schon ein bisschen auch ein Bedeutungswandel bei Ihnen im Hinterkopf ist, dass die Zwänge etwas in den Hintergrund rücken. Diese

1,8 Prozent, die Sie auch genannt haben, habe ich eigentlich auch nie so ganz ernst genommen, nachdem ich mir angesehen habe, wie das Modell bei Ihnen gestrickt ist, dass das aus weit über 20 Annahmen besteht, extrem radikalen, wie Sie selbst schreiben, Annahmen. Und dann auf eine Kommastelle zu bestimmen, wie das Minimumwachstum ist, ist, glaube ich, schon relativ gewagt. Also, ich habe das gar nicht mehr mit Blick auf diesen Wachstumswert so ernst genommen, eher als Hinweis, wir brauchen irgendwie ein positives Wachstum, aber wie hoch das sein wird, ist die große Frage. Dann kommt Ihre zweite große Relativierung, dass das ja das reale durchschnittliche weltwirtschaftliche Wachstum sein soll und das kann natürlich bedeuten, dass wir hier in Deutschland auch Schrumpfung hätten ohne dieses Gesetz zu brechen, wenn wir etwa in den BRIC-Staaten noch hohe Wachstumsraten haben, wo ich denke, eigentlich belastet uns dann diese ganze Geschichte weniger. Das schärfste Argument aber, was ich finde, ist, dass Sie einerseits eine Evolution der wirtschaftlichen Entwicklung unterstellen, aber eine Konstanz des Geldsystems. Da haben wir doch in der Vergangenheit immer wieder gesehen, dass Geldsystem und wirtschaftliches System sehr eng miteinander verzahnt waren. Wir hatten jetzt mehrfach schon die Golddeckung erwähnt. Die Golddeckung war eine Reaktion, die Anfang/Mitte des 18. Jahrhunderts aus guten Gründen eingeführt wurde und dann, als diese Golddeckung zum Problem wurde, wurde die Golddeckung wieder abgeschafft. Nun hätte man im 18. Jahrhundert zu der These kommen können, es gibt einen Stagnationszwang aufgrund des damaligen Geldsystems. Weil unter diesem Geldsystem in der Tat eine Stagnation vorprogrammiert war. Aber man hat dann gesehen, als das reale System an diese Grenzen des Geldsystems gestoßen ist, hat man das entsprechende Geldsystem geändert. Da, finde ich, muss man auch das mit bedenken und viel mehr, viel stärker die Notwendigkeit und die Antriebe auf eine Reform des Geldsystems mit bedenken. Wenn ich das recht bei Ihnen sehe, spielt das eine immer stärkere Rolle. In Ihrem 2006er Buch, wenn ich das recht sehe, ist die Reform mal angedacht, jetzt haben Sie mittlerweile auch konkrete Vorschläge gemacht, wie Reformen stattfinden müssten, wenn es denn dazu kommt, dass das Wachstum so weit runtergeht, dass es an diese Grenzen, an das Minimalwachstum heran stößt. Sie haben ja Vollgeld, Schwundgeld, auch das Grundeinkommen von Götz Werner erwähnt. Das müsste man diskutieren, ich sehe nicht unbedingt, dass das eine Lösung der Probleme darstellen würde. Aber ich finde genau, das ist die Richtung in die man diskutieren möchte. Zum Abschluss möchte ich auf einen Punkt hinweisen, weil schon jemand viel früher genau über dieses Problem nachgedacht hat

und es war kein geringerer als John Maynard Keynes. Schon in den 30er Jahren hat er eigentlich genau dieses Problem erkannt: einerseits langfristige Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits das Problem: Was passiert denn mit unserem Geldsystem? Damit ist er locker umgegangen; ich will nur noch ein kurzes Zitat am Ende bringen von dem Keynes, was dann auf den Tod des Rentiers hinausläuft. Keynes hatte in seiner allgemeinen Theorie, also nicht irgendwo, geschrieben: „Ein richtig geleitetes mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr reich zunimmt oder sogar schrumpft, sollte in der Lage sein, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals [, also die realwirtschaftliche Rendite,] auf Null herunter zu führen, so dass wir die Zustände eines quasi staatlichen Gemeinwesens erreicht haben würden. Wenn ich Recht habe mit der Annahme, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. Dieser Zustand bedeutet den sanften Tod des Rentiers und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht der Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“ Also, ich will nur sagen, beim Keynes war genau dies die Analyse: eine langfristige Stagnation führt zu Veränderungen im Geldsystem, die dann positive Auswirkungen haben würden. Für ihn war es deswegen kein Problem, weil er sagte, wir können dann in einer Situation, wo Wachstum nicht mehr notwendig wird, die notwendigen Investitionen aus den Abschreibungen finanzieren. Dann braucht man diesen ganzen Zwangsmechanismus über das Geldsystem gar nicht mehr. Deswegen sah er es eigentlich gar nicht als Problem. Ich glaube, dass ist so eine Denkart, die wir im Hinterkopf haben sollten, also Evolution des Geldsystems parallel zur Realwirtschaft und dann muss uns eigentlich auch nicht groß Angst sein, wie sich die Realwirtschaft entwickelt. Das Geldsystem wird sich dann den entsprechenden Anforderungen der Realwirtschaft fügen, die Politiker werden eine Veränderung des Geldsystems vornehmen – und genau das passiert übrigens gerade, wenn wir auf die Eurokrise schauen. Es gibt ja wieder bahnbrechende Veränderungen in unserem Geld- und Kreditsystem mit Blick auf Reaktionen, auf Anforderungen, die sich im Zuge der Eurokrise ergeben haben. Das wäre eher meine etwas optimistischere Sichtweise, wo wir dann weg von Zwängen sind, hin zu politischen Optionen. Danke.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, ich glaube ich sollte doch jetzt...
Sonst vergesse ich wieder etwas. Tut mir leid.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Das Problem ist, dass wir ein bisschen in Zeitnöte kommen. Ich würde Ihnen gerne eine Wortmeldung – O. K., wenn das so geht. Bitte schön.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, Ihre These ist, alles löst sich von allein. Ich glaube nicht, dass das so der Fall ist. Ich meine, dass es doch Dinge gibt, die in eine problematische Richtung laufen und deswegen braucht es ja auch die Politik, um das allenfalls zu ändern. Nun, zuerst einmal zu der Frage der 1,8 Prozent. Das ist nicht so, dass es 20 Variable sind, sondern vier, die eine Rolle spielen. Das erste ist der Investitionszins, den ich mit fünf Prozent angenommen habe; dann den Risikoanspruch für den Reingewinn, also die Gewinnrate, die man beansprucht, um das Risiko auszugleichen, da nehme ich das Doppelte des Zinses, zehn Prozent; und dann ist da die Frage des Verhältnisses von Fremdkapital zu Eigenkapital, da habe ich eins zu eins genommen. Dann ist noch die Frage, inwieweit die Banken einen Teil von dem Gewinn in Eigenkapital verwandeln müssen. Das sind die vier Größen, die ich dort zugrundegelegt habe, die gewisse Plausibilität haben, aber die man natürlich auch etwas variieren kann, aber es sind vier absolut identifizierbare Größen und nicht zwanzig.

Also, das ist die eine Sache. Die Frage des weltwirtschaftlichen Wachstums, ja es geht um das weltwirtschaftliche Wachstum, meiner Ansicht nach, weil es sowohl bei der Ressourcenfrage als auch bei der Umweltfrage – auch bei den Emissionen, ich denke nur speziell an CO₂ – es um globale Entwicklungen geht und es geht auch bei der Wirtschaft um globale Entwicklung, weil der Kapitalverkehr globalisiert ist und das eben für die Wirtschaft maßgebend ist, was global passiert. Wenn ich, um es extrem zu sagen, in Liechtenstein die Firma Hilti kaputt geht, dann ist die liechtensteinische Wirtschaft zwar am Boden, aber für die Gesamtwirtschaft spielt das keine Rolle. Also, man muss sehen, dass hier doch der globale Rahmen der Entscheidende ist, sowohl von der ökologischen wie von der ökonomischen Seite her gesehen; dass man deswegen die Sache global ansehen muss. Und wie sich dann das verteilt ist ja eine zweite Frage; genauso wie in einem Land wie in Deutschland oder der Schweiz die Wachstumsraten nicht überall die gleichen sind, in welcher Region auch immer man ist, das ist sehr unterschiedlich. Aber trotzdem funktioniert Deutschland als Ganzes immerhin als Wirtschaft, und es ist maßgebend was Deutschland in der Weltwirtschaft tut und so ist Deutschland auch ein Teil der Weltwirtschaft. Zur Golddeckung: Es ist ja nicht so, dass die

Golddeckung im 18. Jahrhundert erfunden wurde, sondern vorher war Gold allein die Währung. Golddeckung ist ja schon eine Erweiterung der Geldmengenmöglichkeiten, so dass man nicht zurückkehrt zur Goldwährung, wenn man jetzt etwas ändert, sondern dass man diese Erweiterung aufnimmt und sie noch weiter erweitert, aber nicht so weit, dass sie beliebig und unendlich wird. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Kerstin Andreae.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, dass Sie hier sind und dass wir mit Ihnen sprechen können in dieser Enquete. Unabhängig von den Reformen glaube ich, dass wir mit dieser Begrifflichkeit ‚Wachstumsdrang‘ und ‚Wachstumswang‘ schon eine sehr gute Möglichkeit haben, Situationen zu beschreiben, auch wenn wir sie vielleicht manchmal anders anführen oder anders verstehen. Aber wenn wir unterwegs sind oder Vorträge halten oder über diese Enquete sprechen, dann habe ich das Gefühl, dass man mit diesem Zwang und diesem Drang gut etwas beschreiben kann, wie die Gesellschaft und die Wirtschaft funktionieren und wo Probleme liegen können. Konkret zu dem was Sie gesagt haben, habe ich aber zwei oder vielleicht ein paar Anmerkungen. Das eine, diese Vollgeldreform mit der 100-Prozent-Unterlegung. Wenn ich es richtig weiß, ist es in den 30er Jahren schon entwickelt worden. Gibt es eigentlich irgendwelche Erfahrungen konkreter Art, also tatsächlich, dass es irgendwo einmal – in einer Region, in einem Nationalstaat, wie auch immer – richtig konkrete Erfahrungen gibt? Weil wenn ich mir vorstelle, wenn wir das umsetzen und ich auf der einen Seite dann, so zumindest verstehe ich es, eine hohe Wertvernichtung habe, weil ich das Buchgeld ja dann komplett unterlegen muss, dann sehe ich zumindest echte Umsetzungsschwierigkeiten. Gleichzeitig sind wir im vereinigten Europa mit der Europäischen Zentralbank, die ja dann diese Rolle bekäme und die wiederum die Regionen auch unterschiedlich bewerten müsste. Also, Griechenland anders als Deutschland anders als Irland. Da fange ich an mich schwer zu tun mit der Frage, welcher Überbau an Wissen, an Know-how muss da dahinter sein, um zu wissen, in welchen Regionen wie reagiert und agiert werden muss. Also da habe ich konkrete Fragen nach der Umsetzung. Das zweite ist, beim Aktienrecht, da haben Sie jetzt am Schluss diese Unterscheidung in Nennaktie und Inhaberaktie erwähnt und bei der Inhaberaktie war es, wenn ich es richtig referiere, so dass Sie meinten, Laufzeit 20 bis 30 Jahre und Veräußerung zum Einstiegspreis. Da tue ich mich auch schwer, wenn ich mir vorstelle, nach 20 bis 30 Jahren eine Veräußerung

zum Einstiegspreis. Ihr Argument war, Spekulationen zu vermindern. Das finde ich ein ganz wichtiges Argument. Ich glaube, es ist ein wichtiges Ziel, dass man diese Spekulation hier in den Griff bekommt. Da hätte ich aber mehr Interesse daran, eine gescheite Finanztransaktionssteuer zu entwickeln. Also, quasi den Gedanken aufzunehmen, die Zielsetzung aufzunehmen, aber da würde ich, glaube ich, ein anderes Instrument präferieren, was ja im Augenblick diskutiert wird. Der nächste Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist schon ein paar mal gefallen mit dieser Frage technologischer Fortschritt, Innovation. Sie haben, glaube ich, gesagt bzw. ich habe es auch in einem Interview von Ihnen gelesen, wenn ich es zitieren darf: „Kapital ist ein Geldvorschuss mit dem Investitionen und damit Wachstum ermöglicht wird“. Ich meine, dass Sie es auch so ähnlich gerade gesagt hätten. Man kann es aber auch drehen. Also, Kapital ist ein Geldvorschuss mit dem Innovation finanziert wird und vielleicht sogar Innovationen, die dringend notwendig ist. Also, wenn wir über den ökologischen Umbau von unserer Gesellschaft sprechen, wenn wir allein über die Frage von Energienetzen sprechen, die wir finanzieren müssen, heißt es, dass wir massiv Kapital in die Hand nehmen müssen, in Erwartung, also in der Zukunftsorientierung und dieses wäre ja dann, zumindest, wenn ich das so verstehe, begrenzt. Deswegen glaube ich, dass es, was diesen technologischen Fortschritt und diese Bedeutung von Innovationen angeht, dringend notwendig ist, dass wir dieses auch so diskutieren.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, ganz kurz. Ich muss mich kurz halten, wurde mir gesagt. Erstens, diese Frage der Umsetzung bei 100-Prozent-Geld: Es ist natürlich richtig, dass es hier eine spezielle Regelung braucht. Die kann aber nur bedeuten, dass die Zentralbank alle diese Kredite, die die Banken bisher gegeben haben, übernimmt. Es darf keine Reduktion der Geldmenge geben bei dieser Gelegenheit. Deswegen würde das auch krisenfrei vonstatten gehen können. Dieses 100-Prozent-Geld gilt ja nur für die Zukunft und nicht für die schon bestehenden Kredite. Das ist ganz entscheidend.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die wirtschaftlichen Ungleichgewichte sind dann noch da!

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, dies würde dadurch nicht geändert. Diese Ungleichgewichte, die es hier gibt, müssen dann gesondert geregelt werden. Aber sie werden nicht zusätzlich durch weitere verschärft. Das, was

bisher passiert ist und dass man das korrigieren will, ist eine spezielle Frage, die sich dann auch noch stellt, die sich aber heute auch stellt. Aber es wird erleichtert, diese Frage zu lösen.

Das Zweite ist: Man braucht Innovationen für die Ökologie. Das ist schon richtig. Es ist ja auch möglich. Der Geldwert wird ja erweitert. Auch die Zentralbank kann ihn erweitern. Die Idee ist ja auch, dass man nicht zurückkehrt zur Goldwährung oder zur Goldstandardwährung, wie das viele propagieren. Gerade Amerika, die Republikaner propagieren das. Das würde meiner Ansicht nach die Geldmengenerweiterung zu sehr reduzieren. Das wäre eine Mittellösung. Aber ich meine, dass es eben auch sinnvoll ist, zu fragen, inwieweit die Innovationen heute noch in die Gegenrichtung zur Umweltsicherung gehen, also heute immer noch darauf ausgerichtet sind, wie man Arbeit durch Energie ersetzen kann, im Wesentlichen. Und das heißt zusätzliche Mengenerweiterungen. Und dann kann man entsprechend auch die Kosten pro Stück senken durch eine Erweiterung der Ressourcenbasis, nicht durch eine Einschränkung. Das ist heute noch üblich. Deswegen braucht es auch eine gewisse Mäßigung, eine gewisse Beschränkung, damit man sich die Frage stellt: Was ist denn wirklich nötig? Das würden die Banken dann auch eher realisieren können. Das waren – glaube ich – die beiden wichtigen Fragen. War da noch eine ...?

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Finanztransaktionssteuer und das Aktienrecht.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: ... die Aktienrechtsänderung, ja, ich würde meinen, dass man die Aktienrechtsänderung machen muss, damit das nicht ausufert in dem Sinne. Man muss aber auch an zusätzliche Maßnahmen denken, dass die Aktiengesellschaften zum Beispiel nicht 100 Prozent oder 50 Prozent von anderen Aktiengesellschaften übernehmen dürfen, sondern vielleicht nur 10 Prozent, also dass eine Möglichkeit der Konzernbildung dadurch eingeschränkt oder verhindert wird. Das wäre auch eine zusätzliche Möglichkeit, die sich hier stellt. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die hier diskutiert werden müssten. Das müsste man im Einzelnen diskutieren.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Wir sind jetzt in der ersten Runde durch. Ich würde mich freuen, wenn wir jetzt noch gemeinsam ein bisschen weiter diskutieren und auch reflektieren könnten, was jenseits von

den bereits angesprochenen Impulsen, die zu Wachstumszwängen führen, in unserer Gesellschaft und Wirtschaft noch zu Wachstumszwängen führt, was das Wachstumsdrängen initiiert, und ansonsten hier weiter lebendig auch über angesprochene und vielleicht noch weitere mögliche politische Instrumente in die Diskussion kommen. Ich habe auf der Rednerliste im Moment Prof. Enderlein, Prof. Miegel, Herrn Dr. Ott, Prof. Jänicke, wenn er möchte, möchte nicht, und Frau Bulmahn – O.K., ich habe Sie gesehen, Herr Heider, und Herrn Carstensen. Herr Prof. Enderlein.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich fand den Vortrag auch interessant. Was mich umtreibt, ist, dass es ja einen Unterschied gibt zwischen den Zielen, die Sie erreichen wollen, die vielleicht auch viele andere hier im Raum erreichen wollen, und den zugrunde liegenden Mitteln. D. h., die Kausalitäten, die Sie angesprochen haben, sind die, die ich gerne hinterfragen würde. Ich glaube, viele hier im Raum könnten sich einig sein, dass nachhaltiges Wachstum notwendig ist. Viele könnten sich einig sein, dass ressourcenschonendes Wachstum notwendig ist. Ob es dann am Ende die 1,8 Prozent weltweit sind oder nicht, darüber kann man sicherlich streiten. Aber das ist nicht der Punkt. Mein Punkt ist, dass Sie suggerieren, und da habe ich dann große Fragezeichen zu machen, dass das, was wir im Augenblick erleben an Wachstumsentwicklung in der Gesellschaft, zusammenhängt mit dem zugrunde liegenden Geldsystem. Diese Verbindung sehe ich nicht. Die sehe auch aus Ihrem Vortrag nicht. Ich will das mal an zwei, drei Punkten festmachen. Sie suggerieren, dass wir im Prinzip kein geldinduziertes Wachstum wollen, sondern wenn dann technologie- oder wissensinduziertes Wachstum. Und ich glaube, an dem Punkt sind sich auch viele von uns einig. Der Punkt ist nur, dass die Ökonomen sagen, wenn Sie geldinduziertes Wachstum haben, dann führt das zu Inflation. Und wenn Sie wissensinduziertes Wachstum haben, d. h., wenn irgendjemand eine Entdeckung macht – Sie haben das vorhin etwas abfällig dargestellt, als hätten die Ökonomen das einfach beiseite geschoben. Die Ökonomen haben das nicht beiseite geschoben. Die haben nur gesagt, das ist etwas, was man kaum erklären kann anhand der Inputfaktoren, weil man nicht vorhersehen kann, wie sich Wissen entwickelt. Wenn jemand morgen früh eine neue Idee hat, dann sehen wir das nicht vorher, aber es entsteht plötzlich ein Wachstumsschub. Und die Frage ist jetzt, dieses Wachstum will keiner von uns abschalten, das ist im Prinzip auch nachhaltig, das ist auch nicht begrenzt, weil es dem Wissen entspringt. Was wir abschalten wollen, ich glaube, auch da könnten wir Einigkeit herstellen, ist dieses geldinduzierte

Wachstum. Jetzt ist die Frage, Sie setzen das beides gleich. Ich glaube, wir sollten das nicht tun. Ich würde den Appell an die Enquete-Kommission oder auch an die Zuhörerinnen und Zuhörer richten, diese Gleichsetzung nicht vorzunehmen. Denn sie werden nicht über eine Veränderung des Zentralbankaufbaus oder der Geldpolitik zu einer veränderten Art des wissens- oder technologieinduzierten Wachstums kommen. Ich will es an zwei kurzen Punkten begründen und dann auch schließen.

Die Zentralbank hat schon heute die Möglichkeit, diese geldinduzierten Wachstumsprozesse zu steuern, indem sie den Zinssatz setzt. Der Zinssatz ist ein Referenzzinssatz, an dem sich ablesen lässt, wie rentabel eine Investition ist. Wenn ich einen Zentralbankzinssatz von 20 Prozent habe, dann werde ich keine Investition vornehmen, die weniger als 20 Prozent Rendite bringt. Die Zentralbank könnte das heute tun, dazu brauchen Sie Ihr ganzes 100-Prozent-Geld nicht. Die Zentralbank kann heute auch auf Null gehen, und dann sind wir in einer Welt, in der sich im Prinzip jeder Kredit lohnt. Das ist so der, den Sie so ein bisschen im Hintergrund stehen haben bei Ihren Analysen. Aber letztlich orientiert sich daran die Zentralbank und ist deshalb auch in der Lage, genau das zu tun, was Sie heute schon verlangen, nämlich sie kann den Wachstumsprozess hervorragend mit steuern. Insofern verstehe ich nicht, warum wir diese Veränderungen in der Geldpolitik wollen, um Ihr Ziel zu erreichen.

Der zweite wichtige Punkt ist dieser Punkt, wo Sie ein bisschen anekdotisch sagen, Einnahmen und Ausgaben sind am Ende ja immer gleich oder sollten es sein. Und wenn wir Wachstum haben, dann ist das nicht so. Der Punkt ist doch: Nehmen wir mal eine Insel, da ist ein Bauer oder da wird Korn gehandelt, und da kommt jetzt plötzlich der Bauer und hat eine ganz tolle Idee. Er schüttet mehr Wasser auf seinen Acker und produziert plötzlich doppelt so viel wie alle anderen Bauern. Was passiert jetzt mit dem Angebot von Korn in der Gesellschaft? Es ist plötzlich doppelt so viel Korn da. Die Preise des Kornes würden fallen, wenn nichts passiert. Und wir wären plötzlich in einer Gesellschaft, in der die Preise fallen. Genau das wollen wir verhindern. Deshalb sind wir in einer Gesellschaft, in der wir durch Wachstumsprozesse auch immer eine Ausweitung des Kapitalstocks vornehmen, damit eben die Inflation gleich bleibt mit den Wachstumsprozessen.

Dann bin ich beim letzten Punkt, der mir einfach nicht klar ist in Ihren Erörterungen. Sie sagen: 1,8 Prozent Wachstum. Ist das real oder ist das nominal? Und wie entscheidet sich das denn überhaupt? Sie sagen, es ist real.

Natürlich sagen Sie, es ist real. Aber die Zentralbankpolitik führt ja dazu, dass obendrauf noch die Inflation kommt. Und wenn wir dann eine Unterscheidung zwischen real und nominal gar nicht mehr vornehmen bzw. es nicht klar gemacht wird, dann kann ich nicht verstehen, warum die Zentralbank oder Geldpolitik des Rätsels Lösung sein sollte. Also insgesamt: Ich teile vielleicht die Grundeinschätzung, aber ich glaube nicht, dass die Mittel, die Sie uns vorstellen, die richtigen sind, um diese Ziele zu erreichen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Miegel.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel: Die ominösen 1,8 Prozent sind jetzt mehrfach angesprochen worden. Vielen Dank zunächst einmal für Ihre Ausführungen. Ich will noch einmal auf ein paar Grunddaten zurückkommen. Gegenwärtig erwirtschaftet die Menschheit weltweit Güter und Dienste im Wert von rund 60 Billionen US-Dollar. Um diese 60 Billionen US-Dollar zu erwirtschaften, verbraucht sie eine Vielzahl von Ressourcen final, Sie haben selbst darauf hingewiesen, belastet sie in hohem Umfange die Umwelt, verschleißt sie Gesellschaft, verschuldet sie Gemeinwesen usw., um jene 60 Billionen zu erwirtschaften. Jetzt unterstellen Sie ein Wachstum von real 1,8 Prozent. 1,8 Prozent Wachstum von diesen 60 Billionen bedeutet, dass sich bis zum Ende dieses Jahrhunderts, also in den nächsten 89 Jahren, das weltweit Erwirtschaftete verfünffachen müsste, also auf 300 Billionen. Während dieser 89 Jahre gehen wir davon aus, dass wir mit Sicherheit nicht im bisherigen Umfang Ressourcen final verbrauchen können, dass die Belastung der Umwelt sehr viel teurer werden wird als bisher. Gegenwärtig benötigen wir für die 60 Billionen 1,3 Globen an Regenerierbarem – Ressourcen, Energie, was auch immer. Das alles darf ja nicht auf das 6,5-fache ansteigen. 1,3 mal 5 bei einer Verfünffachung des weltweit Erwirtschafteten wären 6,5. Das bedeutet, wir müssten eine Ressourceneffizienz bekommen, die mindestens achtmal so hoch ist wie heute, sonst ließen sich die 1,8 Prozent überhaupt nicht darstellen. Sie würden irgendwo in ein Vakuum hineinstoßen. Wie realistisch ist es, davon auszugehen, dass wir weltweit eine Steigerung unserer Produktivität im weitesten Sinne dieses Begriffs auf das Achtfache haben werden? Haben wir das nicht, sind die 1,8 Prozent nicht einzuhalten.

Ein anderer Punkt ist, der ist zweimal heute schon angesprochen worden von Herrn Reuter und von Herrn Paqué: Wo sollen diese 1,8 Prozent stattfinden? Wenn wir gleichmäßig 1,8 Prozent Wachstum hätten, also bei uns und in den am wenigsten entwickelten Ländern, dann hätten wir am Ende dieses

Jahrhunderts keinerlei Annäherung erfahren. Dann hätten wir überall eine Verfünffachung, aber wir stünden uns nicht näher als bisher. Auch das scheint mir extrem unwahrscheinlich zu sein. Wir leben heute – anders als früher – in einer völlig transparenten Welt. Wir sehen allenthalben, dass die Wachstumsgeschwindigkeiten unterschiedlich hoch sind. Das ist auch richtig so. Auf diese Art und Weise nähern sich die Volkswirtschaften einander an. Nur würde das bedeuten, dass bei uns diese 1,8 Prozent, von denen Sie, was immer diese Zahl jetzt bedeutet, ausgehen, nie und nimmer zu erreichen sind, sondern wir weit darunter liegen müssen. Denn die anderen müssen ja mit 2,3 oder 2,5 oder irgendetwas wachsen können, wenn wir die Annäherung in der wirtschaftlichen Leistungskraft bekommen wollen. Also, lange Rede, kurzer Sinn: Die Zahlen, die Sie hier vorgetragen haben, kommen mir zum Teil stark gegriffen vor. Ich weiß nicht, wie ich sie unterfüttern kann. Und zum anderen gehen Sie von Annahmen aus, insbesondere von der Annahme von Produktivitätssteigerungen, von denen ich mich frage, wie realistisch das ist.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Ott.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Prof. Binswanger, zunächst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen, die, wie unsere Vorsitzende auch in der Einladung geschrieben hat, auf den Kern unseres Auftrags zielen, nämlich eben die Bedingungen und die Gründe für unser Wirtschaftswachstum zu eruieren und eventuell auch Maßnahmen zu treffen. Ich habe den Eindruck, dass wir diesen Treiber, nämlich das Geldsystem, das Finanzsystem, vielleicht bisher noch gar nicht genügend im Blick hatten. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich glaube – Professor Enderlein hat es angesprochen – , was etwas irritiert, ist die Ausschließlichkeit, mit der Sie vorgehen und sagen: Es ist unser Geldsystem, was diese Wachstumsraten hervorbringt. Vielleicht wäre es einfacher, wenn Sie sagen: Das ist einer der Treiber, ein sehr wesentlicher Treiber, aber einer, den ... Auch als wir noch eine Golddeckung hatten, waren natürlich sehr, sehr hohe Wachstumsraten zu verzeichnen, die sich dann nicht erklären ließen. Meine Frage, so ein bisschen in Anlehnung auch an Herrn Miegel: Diese 1,8 Prozent Wachstum, meine ich, greifen zu kurz. Man kann auf der einen Seite Kritik üben und sagen: Ja, das ist ja der Wahnsinn, das ist eine drakonische Maßnahme, wie soll man denn so was machen. Aber auf der anderen Seite, wenn man von der Ökologie herkommt, dann springt es eindeutig zu kurz. Wir haben im Moment Erhöhungen der

Effizienz im Bereich von ungefähr einem Prozent pro Jahr. Wir wissen, dass wir auf ungefähr drei Prozent kommen müssen, um überhaupt einigermaßen Schritt zu halten. Gleichzeitig wissen wir, wir müssen aber nicht nur Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern wir müssen in absoluten Termini runter. D. h., wir müssen auf ein Viertel, ein Fünftel des jetzigen Ressourcenverbrauchs. Wie das mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent zu machen wäre, ist mir schleierhaft. Da geht es mir ähnlich wie Herrn Miegel. Der Kollege Gerhard Scherhorn sagt, wir könnten das vielleicht mit linearem Wachstum machen, aber da wissen wir auch, das tendiert irgendwann gegen Null. Aber, ich meine, wenn Sie sagen 1,8 Prozent, wo kommt das her und ist das nicht zu kurz? Und wenn das zu kurz ist, muss man dann nicht auch über andere Formen des Wirtschaftens noch nachdenken, die eben vielleicht diese 1,8 Prozent gar nicht brauchen? Also, der Auftrag an uns wäre dann von Ihnen auch hier vielleicht etwas stärker zu denken. Eine Frage des Laien, der jetzt keine Ökonomie studiert hat: Diese Geldwerte müssen Sie ja irgendwann in Sachwerte übersetzen. Nur dann wird es ja auch konkret. Dann werden nämlich Ressourcen verbraucht. Es gibt Theorien, die besagen, es muss halt dann regelmäßig zu großflächigen Kapitalvernichtungen kommen. Kriege wären z. B. eine Möglichkeit, große Katastrophen. Manche sagen, das Militär als solches ist schon eine gigantische Kapitalvernichtungsmaschine, und nur deshalb wird es gebraucht. Würde es z. B. auch gehen, wenn wir eine Veränderung im Konsumbewusstsein hätten? Ich weiß nicht, wer es geschrieben hat; ich habe gelesen, Spazierstöcke waren früher Statussymbole. D. h., jeder hatte verschiedene Spazierstöcke. Und wenn es gelänge, Spazierstöcke für 10 000 Euro zu verkaufen, die Leute wären ganz wild danach und würden ganz viel Geld ausgeben für ganz wenig Material und Ressourcen. Wäre das eine Möglichkeit, auch zu so einer Kapitalvernichtung zu kommen? Frage eines Laien. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Danke für diese außerordentlich interessanten Bemerkungen. Zuerst, Herr Enderlein, sind Sie da? Ja. Nun, die Frage der Kausalität und des Wachstums: Ich meine, dass damit diese Auseinandersetzung innerhalb der Ökonomie angesprochen wurde, die ja vorher schon von Ihnen angesprochen wurde. Ich glaube, diese Auseinandersetzung muss man wirklich führen und die ist notwendig. Was ich jetzt gesagt habe, war ein Crash-Kurs für die Erklärung der gesamten Wirtschaft innerhalb von einer guten halben Stunde. Da müsste man mindestens ein Semester darüber sprechen. Deswegen ist es eigentlich eine

Anregung, mehr darüber nachzudenken. Ich bin aber überzeugt, dass das Geld doch eine Rolle spielt, und zwar genau deswegen, weil die Unternehmen nicht gegründet werden können, sich nicht erweitern können, wenn sie nicht vorher genügend Geld in der Hand haben, um Produktionsmittel und Arbeit zu kaufen, bevor sie das Geld verdient haben, weil sie das Geld erst verdienen können, wenn die Produkte hergestellt und verkauft werden können. Dieser entscheidende Punkt wird nicht thematisiert in der Ökonomie bisher. Der ist aber völlig eindeutig, und jeder, der in der Praxis damit zu tun hat, weiß, dass er Kapital in der Hand haben muss, bevor er anfangen kann zu produzieren. Das ist so selbstverständlich. Man ist erstaunt, dass man das nicht zur Kenntnis nehmen kann. Das muss man einfach mal akzeptieren, d. h., er muss Geld haben, bevor er anfangen kann zu produzieren, d. h., es geht nicht darauf an, dass das Geld parallel zu Wachstum der Wirtschaft führt, zu Investitionen – Investitionen sind Wachstum per se. Sondern es ist ursächlich, das Geld muss ursächlich da sein, bevor man anfangen kann zu produzieren. Das wollen die Volkswirte nicht anerkennen, aber die Betriebswirtschaft weiß das selbstverständlich, so selbstverständlich, dass es überhaupt gar nicht mehr gesagt wird. Die ganze Finanzierungslehre hängt damit zusammen.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Nein, nicht garantiert, ermöglicht es. Es ermöglicht es. Wenn ich es nicht habe, kann ich nicht wachsen. Aber es ist nicht gesagt, dass man nachher wächst. Es kann auch spekulativ verwendet werden. Aber es ist auf jeden Fall nötig. Um investieren zu können, muss ich zuerst Geld haben.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ich würde kurz den Einwand von Herrn Enderlein noch zu Wort kommen lassen.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein: Ich wollte nur sagen: Die Volkswirtschaft unterscheidet sehr genau zwischen dem, was ich genannt habe: geldinduziertes Wachstum. Das führt zu Inflation. Das ist das, was die Volkswirtschaftslehre sagt. Das ist kein reales Wachstum, deshalb war mir die Unterscheidung zwischen real und nominal so wichtig. Ich habe ja noch keinen Wert dadurch geschaffen, dass ich irgendein Unternehmen gründe, einen netten Namen drauf schreibe und dann nichts entsteht. Da kann ich sogar Leute einstellen, und die Volkswirtschaft sagt vielleicht, in der kurzen Frist über sechs Monate, ein Jahr sehen wir da einen realen Effekt. Darüber können wir stundenlang diskutieren. Aber mittelfristig bringt das Inflation

hervor, kein Wachstum. Aber dann irren Sie sich und nicht die Volkswirtschaft.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Paqué dazu.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Nur eine Bemerkung, Herr Binswanger. Es geht nicht darum, dass jemand, der was investieren will, Geld braucht. Es geht um die Kausalität. Geht die Kausalität von der Idee zu Geld, dann geht man zur Bank, versucht, denen zu erklären, dass man ein vernünftiges Projekt hat, und kriegt einen Kredit oder man kriegt ihn nicht. Oder geht die Kausalität, wie Sie behaupten, umgekehrt?

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Nein. Es ist so, wie Sie es jetzt gesagt haben.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ja, dann bleibe ich bei meiner Meinung, dass die Volkswirtschaftslehre, also die Mainstream-Economics richtig liegt.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Nein. Eben nicht, weil es ja darum geht, dass, wenn Sie sagten, wenn man Geld vermehrt, dann wird es Inflation geben – das ist eben nicht der Fall! Sondern man gibt ja Geld, indem man den Unternehmen Kredite gibt. Die Unternehmen wollen ja nicht einfach Kredite haben, um Geld zu haben, sondern sie wollen es investieren. D. h., sie wollen mehr produzieren damit. Das ist ja nicht Inflation, d. h., mit der Geldvermehrung entsteht mehr oder weniger gleichmäßig, nicht genau gleichmäßig, aber mehr oder weniger gleichmäßig doch mehr Sozialprodukt. D. h., quantitativ gesehen, dass wenn man Geld vermehrt, Geld mal Umlaufgeschwindigkeit gleich Preisniveau mal Sozialprodukt, dann entsteht eben mit der Geldvermehrung auf der linken Seite auf der rechten Seite mehr Sozialprodukt. D. h., das Preisniveau steigt nicht entsprechend. Das ist die Realität, tut mir leid. Es ist einfach so.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein: Aber das Bruttosozialprodukt wird doch gemessen. Das ist doch eine monetäre Größe. Das Bruttosozialprodukt ist eine monetäre Größe, d. h., das, was Sie gerade beschrieben haben, ist eine rechnerische Gleichheit. Wenn ich den Geldstock verdopple auf der linken Seite, dann habe ich auf der rechten Seite durch Inflation, durch reine Teuerung, eine Verdopplung des Bruttoinlandsproduktes. Das ist ein Effekt, den die Ökonomen seit ...

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, aber das passiert doch nicht. Das habe ich doch jetzt gerade erklärt. Tut mir leid, es ist doch so, dass die Unternehmen die Kredite verwenden, nicht um die Preis zu erhöhen, sondern um die neuen Sachen zu produzieren und das Sozialprodukt zu erhöhen. Dazu brauchen sie den Kredit, das Geld. Es ist so einfach, dass ich einfach verzweifeln muss, wenn man das nicht wahrnehmen will.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Wir werden es jetzt nicht ausdiskutieren. Für das nächste Mal stellen wir dann eine Tafel mit auf. Bitte schön.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Jetzt möchte ich noch auf Herrn Miegel eingehen mit 1,8 Prozent. Es ist natürlich die Frage – darum habe ich die Doppelstrategie immer erwähnt. Die Doppelstrategie: Man muss die Wachstumsraten senken – von 4,5 Prozent, ich sage mal jetzt 1,8 Prozent, das geht einfach um eine Andeutung – , damit man nachher den Ressourcenverbrauch noch weiter senken kann, den muss man weiter senken. Und das kann passieren durch Effizienzerhöhungen. Es kann auch passieren durch – wie Sie sagten – Änderungen des Konsumentenbewusstseins.

Und zweitens, es gab einen ganzen Teil von Fragen, die Sie stellen, wie bei einer gesunkenen Wachstumsrate zusätzlich auch noch die Umwelt geschont werden kann durch weitere Maßnahmen, spezifische Maßnahmen. Das ist sicher notwendig. Aber wogegen ich mich wehre, ist, wenn man sagt, die 1,8 Prozent sind immer noch zu viel, dass man dann sagt, ja, dann sind auch 4,5 Prozent möglich. Ich meine, dann machen wir gar nichts. Da würde ich sagen, es ist schon sehr viel, wenn man die Wachstumsraten senken kann, auch wenn es noch nicht genügend ist. Man muss zusätzliche Maßnahmen ergreifen, das will ich auch sagen. Aber mit 4,5 Prozent, das ist nicht eine Verachtfachung, sondern es würde heißen eine Verzwanzig- oder Verdreißigfachung. Bei einer solchen Verfachung kann dann durch Effizienzrevolutionen sowieso nichts erreicht werden. Es gibt immer Kompromisse. Ohne Kompromisse kommen wir nicht herum. Aber die Kompromisse müssen in die richtige Richtung führen. Deswegen, finde ich, muss man diese Doppelstrategie machen, sowohl die Wachstumsrate in die Diskussion stellen wie auch zusätzliche Maßnahmen, die ich jetzt hier nicht angedeutet habe, weil das etwas ist, was Sie selber kennen und diskutiert

haben und weiter diskutieren werden; ich habe jetzt einfach zusätzlich diese Wachstumsfrage eingebracht.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Jetzt habe ich noch vier Wortmeldungen und würde dann auch die Aussprache schließen. Frau Bulmahn.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Eine Nachfrage noch mal zu der Frage, die ich ganz am Anfang gestellt hatte und die Herr Miegel auch noch mal aufgegriffen hat, die mir immer noch nicht wirklich genau beantwortet erscheint, nämlich: Wie kann man, wenn man von einer allgemeinen Begrenzung des Wachstums ausgeht, eine generelle Wachstumsrate tatsächlich erreichen, dass auch die Länder, die im Augenblick noch ein ganz schwaches wirtschaftliches Wachstum haben, die ganz ausdrücklich eine stärkere Entwicklung in den nächsten Ländern brauchen – ich rede jetzt nicht von den Schwellenländern, sondern von den Entwicklungsländern – wie können die in Ihrem Modell tatsächlich diese Entwicklung nehmen? Vor allen Dingen glaube ich persönlich nicht, dass das alles wie von geheimer, ordnender Hand laufen wird. Und ich habe hohe Zweifel, dass Sie das alleine durch geldpolitische Maßnahmen tatsächlich erreichen können. Also der Verteilungsmechanismus: Wie soll der überhaupt geschehen innerhalb unserer Welt, in der es so viele arme Länder gibt, auf der anderen Seite reiche Länder? Es wird weder über die UN entschieden werden können, noch kann es meines Erachtens über den Internationalen Währungsfonds erfolgen. Wie soll das ganz konkret umgesetzt werden und geschehen? Ich habe ja gesagt, an die Selbstorganisation – da habe ich meine Zweifel, dass es in einer Art Selbstorganisation wirklich gelingen sollte.

Die zweite Frage bezieht sich noch einmal auf diesen Punkt, der auch von meinen Vorrednerinnen und Diskutanten genannt worden ist: der Kausalität zwischen Zielen und Instrumenten. Ich glaube, niemand hier bestreitet, dass wir praktisch nicht ein unbegrenztes Wachstum durchführen können und haben werden, sondern ich glaube, hier gibt es durchaus eine Mehrheit, die davon ausgeht, dass das zukünftige Modell ein begrenztes Wachstum ist. Trotzdem muss man die Frage stellen: Was für ein Wachstum? Und bei Ihrem Modell, das Sie vorgeschlagen haben, das habe ich vielleicht vorhin nicht präzise genug gesagt: Das große Fragezeichen, das ich habe, ist: wie Sie eigentlich die Incentives setzen wollen, dass wir tatsächlich den Wachstumspfadwandel erreichen wollen, den Wandel der Wachstumspfad einer wirklich ressourcenverbrauchenden Wirtschaft. Und da unterscheide

ich gar nicht so sehr zwischen den Ressourcen, die schon in den nächsten 100, 120 Jahren endlich sein werden, und denen, wo wir eine massive Verknappung haben, sondern es geht im Kern um den Wandel von einer ressourcenverbrauchenden Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Ich nenne das mal mit diesen alten Begriffen. Da ich ja viele Jahre Forschungspolitik verantwortet habe, weiß ich immer noch ganz gut, welche Technologieentwicklungen in der Pipeline sind. Und ich weiß auch aus einer zwanzigjährigen Erfahrung, dass sie sich nicht alleine per Natur durchsetzen werden; sondern es ist immer eine Frage der Mischung von der Gestaltung der Rahmenbedingung und der Qualität des technologischen Fortschritts, die ich damit erreiche, und es ist nicht nur Ressourcenschonung. Wenn ich an die Medizintechnik zum Beispiel denke, dann ist das natürlich auch eine Frage von Ressourcenschonung, von der Schonung menschlichen Lebens. Das ist keine Ressource, die ich in der natürlichen Umwelt finde, sondern es ist menschliches Leben. Das fehlt mir einfach in Ihrem Modell. Und da habe ich auch kein unbegrenztes Vertrauen in die Entscheidungskompetenz und Fähigkeit des einzelnen Bankers. Dann hätten viele Technologien, die wir hier entwickelt haben, schneller die Finanzierung erhalten und hätten sie nicht durch die staatlichen Programme erhalten müssen. Da gibt es einfach ein erhebliches Fragezeichen, was ich da habe, weil ich wirklich denke, dass wenn man es alleine auf die Geldvermehrung und auf die Geldpolitik ausrichtet diese ganzen anderen Faktoren nicht mehr den Stellenwert haben und nicht mehr so gewichtet werden. Das erachte ich allerdings aufgrund meiner politischen Erfahrungen für zwingend notwendig, weil wir sonst den Wandel des Wachstumspfad es nicht erreichen werden.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Heider.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich kann sehr gut an die Kollegin Bulmahn anschließen. Meine feste Überzeugung bis heute war eigentlich, dass der technologische Fortschritt einer der Treiber von Wertschöpfung und Wachstum ist, und das sehe ich durch die engagierte Diskussion heute eher bestätigt, als dass das in Abrede gestellt werden könnte. Aber es fragt sich schon – und ich komme noch mal auf die 1,8 Prozent zurück, und Sie hatten ja selber, Herr Prof. Binswanger, bezweifelt, ob das wirklich eine Punktlandung sein wird – , wie man denn (theoretisch unterstellt, das ginge) überhaupt zu diesem Ergebnis gelangen wird. Da bitte ich Sie, uns noch mal weiter zu helfen: Wie kann man das im

Wettbewerb erreichen? Wie soll der Wettbewerb der Marktteilnehmer dabei organisiert werden?

Ich will die zweite Frage, die sich auf die Geldmengenpolitik bezieht, gleich hinterher stellen: Sie hatten 100 Prozent als Mindestreserve als ein Instrument ausgelobt, das in der Lage wäre, auf dem Markt für eine gewisse Befriedung zu sorgen. Meine ganz konkrete Frage ist, und da bitte ich Sie, uns auch noch mal weiterzuhelfen: Welche konkreten Folgen hat das für die Zinsen, die Verbraucher und insbesondere Unternehmen für Investitionen zu zahlen haben? Und zweitens, wenn denn Kredite für diese Unternehmen auf dem Markt – begrenzen wir ihn mal durch den Wirkungsbereich der EZB innerhalb der Europäischen Währungsunion – nicht zu bekommen wären, wie würde sich das auf den Wettbewerb mit anderen Finanzmärkten auswirken, die nicht innerhalb des Bereiches der Währungsunion sitzen, sondern von außerhalb kommen und von dort Kreditmittel zu möglicherweise anderen wettbewerblich interessanteren Konditionen zur Verfügung stellen?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Herr Prof. Carstensen.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen: Vielen Dank. Mir brennen eine ganze Menge Dinge unter den Nägeln. Ich werde aber versuchen, mich sehr kurz zu halten, denn Herr Enderlein hat schon sehr viel von dem vorweggenommen, was ich eigentlich auch hätte sagen wollen. Da bin ich ihm sehr dankbar. Ganz entscheidend dürfte sein die Kausalitätsrichtung zwischen Geld, Inflation und Wachstum. Da gibt es eine reichhaltige empirische Literatur. Wenn man sich die genau anschaut, dann findet man sehr überzeugend dokumentiert, dass Geldmengenausweitung ohne wirtschaftliches Wachstum zur Inflation führt. Das ist genau das, was Herr Enderlein gesagt hat.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Das ist selbstverständlich.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen: Das Gegenteil, was Sie so nahe legen, ist, dass ich Geld brauche, um Wachstum zu erzeugen. Das mag natürlich in der Form, wie wir unsere heutigen Wirtschaften organisieren, stimmen, ist aber kein Grundprinzip des Wirtschaftens. Herr Enderlein hatte schon kurz auf so eine Art Kokosnussökonomie aufmerksam gemacht. Stellen wir uns vor, wir wohnen auf einer Insel, und es gibt einen Kokosnussbaum, dann können wir natürlich jedes Jahr die Kokosnüsse, die der Baum abwirft, essen. Wir können

aber auch Konsumverzicht betreiben. Und das ist im Zentrum der Kapitalbildung: Wir essen eine dieser Kokosnüsse nicht, sondern legen sie aufs Feld, und wenn wir Glück haben, schlägt diese Kokosnuss Wurzeln und wir haben im nächsten oder übernächsten Jahr einen weiteren Baum. Dann haben wir Wirtschaftswachstum.

Heiterkeit

SV Prof. Dr. Kai Carstensen: Die Geschichte geht weiter: Das mit dem Hinlegen ist natürlich, das hat Frau Bulmahn sehr richtig bemerkt, vielleicht nicht die geschickteste Art und Weise, und das wäre dann der technische Fortschritt. Ich kann sie eingraben. Ich kann sie wässern und auf was für Dinge ich noch so kommen kann. Und auf diese Weise habe ich technischen Fortschritt, der dann zu mehr Wachstum führt. Was ich in beiden Fällen nicht brauche, ist Geld. Das kann ich auch ohne Geld machen. Geld macht es aber viel einfacher. In einer Wirtschaft, in der sehr viele Menschen sehr viele unterschiedliche Dinge arbeitsteilig herstellen, besteht der Konsumverzicht des Einzelnen ja nicht mehr in Kokosnüssen, die der andere dann einbuddelt, sondern der Konsumverzicht des Einzelnen ist sehr viel komplexer oder allgemeiner, und auf die Weise hilft uns das Geld dabei, vom Konsumverzicht zur Investition zu kommen. Aber das grundsätzliche Beispiel bleibt, glaube ich, dabei bestehen. Insofern denke ich, dass Ihre Theorie, die Sie da vertreten sowohl den logischen Zusammenhängen widersprechen als auch den empirischen Ergebnissen. Von daher würde ich nicht allzu viele Politikschlussfolgerungen hier in der Enquete darauf basieren wollen. Danke.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Und Herr Dr. Reuter.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Ich habe fast den Eindruck, durch die Debatte ist vieles wieder unklarer geworden.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Das ist schon viel wert.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Ja, gut.

Heiterkeit

SV PD Dr. Norbert Reuter: Dann müssen wir aber mal die Debatte irgendwie begrenzen, sonst ist am Ende überhaupt nichts mehr klar. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ist doch der Hauptpunkt bei Ihnen nicht, dass Sie 1,8 Prozent wollen, sondern dass 1,8 Prozent das Minimum ist, damit dieses System krisenfrei funktionieren kann. Das ist der Punkt.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Es geht nicht um das Wollen, sondern um die Analyse. Ich halte diese 1,8 Prozent für sehr problematisch. Mir ging es vorhin nicht um die Variablen, sondern um die Annahmen. Da haben Sie in der Tat 24 Annahmen drin, wie drei Sektoren die Wirtschaft et cetera. Na ja gut.

Aber der entscheidende Punkt ist doch, dass Herr Binswanger davon ausgeht, dass in einer Geldwirtschaft die Kapitalbesitzer eben nur bereit sind zu investieren, wenn sie zumindest wissen, dass sie das Geld plus eine Risikoprämie zurückbekommen, das sie vorschießen. Und dass das sich dann errechnen lässt, dass, wenn diese Bedingungen erfüllt sind, wir dann mindestens ein Wachstum von X haben müssten, damit die Geldvermögensbesitzer in der Lage sind, auf ihr Geld eine Zeitlang zu verzichten. Das ist eigentlich der zentrale Punkt, der dahinter steht. Wie hoch das ist, das ist die große Frage. Deswegen war es ja auch beim Keynes kein Problem, weil er im Hinterkopf hatte, na ja, in der Zukunft wird es auch keine Wachstumsnotwendigkeit mehr geben, d. h. keine Investitionsnotwendigkeit. Das hat ihn dann zu der optimistischen These verleitet: Dann ist der Rentier eben tot, so what! Das war sein Punkt. Wenn wir aber davon ausgehen, dass es weiterhin in Zukunft noch Wachstumsnotwendigkeiten gibt, etwa für den ökologischen Umbau, dann sind wir noch gar nicht in dieser Situation, dann brauchen wir natürlich noch entsprechend Wachstum, aber dann brauchen wir natürlich auch eine gewisse Verzinsung des eingesetzten Kapitals, um die Geldvermögensbesitzer zu befriedigen. Das ist doch ein legitimer Anspruch und ein Problem, was er formuliert hat – wie hoch das jetzt immer sein muss. Also, wie gesagt, es geht nicht darum, dass er eine bestimmte minimale Wachstumsrate haben will, sondern dass er sagt, aufgrund unserer Geldverfassung muss die Rendite zumindest positiv sein. Und das ist, wenn ich Sie recht verstanden habe, der Wachstumszwang, der, wenn wir diese Geldverfassung weiterhin so haben, wie sie jetzt ist, auch in Zukunft haben

werden, und der zum Problem werden kann. Ich weiß nicht, habe ich Sie so richtig verstanden?

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Ja, das haben Sie ganz gut formuliert. Danke. Ich glaube, damit sind gewisse Antworten auch schon vorweggenommen. Vielleicht grundsätzlich: Ich weiß es schon lang, aber es hat sich wieder ergeben, dass es eine notwendige Diskussion gibt im Rahmen der ökonomischen Wissenschaft selber. Da stehen tatsächlich zwei oder drei Dinge gegeneinander: Die neoklassische Theorie, die ja zur Grundlage der heutigen Ökonomie geworden ist und die davon ausgeht, dass die heutige Wirtschaft so zu erklären wäre, als ob einfach Bauern miteinander handeln, die sich im Wesentlichen selbst versorgen und dann Überschüsse allenfalls gegeneinander austauschen, wenn sie vorhanden sind, aber die sonst keinem Wachstumszwang unterliegen. Das ist völlig klar. Aber sie können natürlich Innovationen realisieren. Das ist selbstverständlich. Und haben das auch getan. Das Rad wurde erfunden im Rahmen einer mehr oder weniger bäuerlichen Wirtschaft. Aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass wir eben nicht eine Bauernwirtschaft haben, die sich selbst versorgt, sondern eine Wirtschaft, die aufgeteilt ist in Haushalte und Unternehmen. Unternehmen werden als künstliche Gebilde gegründet. Sie können nur gegründet werden, wenn sie Geld in der Hand haben, bevor sie das Geld verdient haben. Und das ist der entscheidende Punkt im Moment. Wenn man diesen Punkt nicht begreift, begreift man nichts von der heutigen Wirtschaft. Das ist der entscheidende Punkt, auf den alles andere ankommt. Die zweite Frage: Wie kommen sie an das Geld? Das Geld ist heute weitgehend bereitgestellt durch Geldschöpfung, durch eine Kreditschöpfung. Diese Kreditschöpfung erfolgt heute weitgehend ohne irgendeine Grenze, die notwendig wäre, um ein gemäßigtes Wachstum zu realisieren. Das aber ist eine Diskussion, die durchaus weitergeführt werden muss, die innerhalb der Ökonomie erst am Anfang ist, die maßgebend ist. Aber die Quantitätstheorie, auf der das alles aufbaut, ist nicht maßgebend, aber immer die Idee, dass, wenn man die Geldmenge erhöht, die Preise steigen. Das ist eben nicht der Fall, sondern im Wesentlichen steigt das Sozialprodukt und nicht die Preise. Die Unternehmen wollen ja nicht deswegen Kredite aufnehmen und bezahlen, weil sie damit einfach nur irgendwas konsumieren wollen, sondern weil sie produzieren wollen. Deswegen wird das Geld vermehrt, weil, wenn die Produktion vermehrt wird das Sozialprodukt steigt. Dann ist die Frage, inwieweit das sinnvoll ist, was produziert wird oder nicht. Da gibt es natürlich Möglichkeiten, wie nun die Investition in der einen oder anderen

Weise gelenkt werden kann, dass sie das Richtige produzieren, was man sich vorstellt, wenn man vor allen Dingen die Umweltseite anvisiert. Aber das ist eine zweite Frage, die ich jetzt hier nicht anvisiert habe. Ich würde sagen, alle diese Fragen stellen sich erst, können sich erst stellen, wenn man ein gemäßigtes Wachstum anvisiert und nicht ein beliebiges, das sich einfach ins Unendliche ausufert. Das ist der Punkt, den ich zitieren möchte als meine Botschaft: dass die Umweltfragen nicht gelöst werden können auf die Dauer, wenn man nicht die Ökonomie mit einbezieht. Also nur durch technologische, organisatorische Möglichkeiten, durch Subventionen oder irgendwelche Ordnungsänderungen kann man das Problem nicht lösen. Man muss die Ökonomie und Ökologie in einem Zusammenhang sehen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, Herr Prof. Binswanger, dass Sie heute zu uns gekommen sind und einen ... noch nicht ganz. Herr Heider möchte noch eine Nachfrage stellen. Bitte schön.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU): Ja, zu beiden Punkten, nach denen ich Sie gefragt hatte, und zwar einmal, welchen Ausfluss das 100-Prozent-Ziel bei der Mindestreservpolitik auf die Zinsen bei Unternehmen und Verbrauchern haben wird und ob dadurch Tür und Tor geöffnet werden für Kapitalgeber, die von fremden Märkten kommen, also die außerhalb des Raumes der Währungsunion stehen.

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Wenn ein Land das allein durchführen würde, dann würde das unter Umständen dazu führen, dass dieses Land dann attraktiv wäre für Kapitalzufluss. Es würde auf jeden Fall nicht zu einer Krise kommen in diesem Land, sondern im Gegenteil. Es würde dieses Land aufwerten.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU): Was heißt das für die Zinsen?

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Es kommt darauf an, wie man das Geld verteilt. Wenn man es nur den Banken gibt, die dann nicht mehr beliebig die Investitionen vermehren können, dann würden die Zinsen steigen. Wenn man es aber z. B. den Staaten als Teil ihrer Finanzierung gibt, dann braucht man weniger Staatsfinanzierung, weil sie das Geld von der Zentralbank bekommen, und dann würden die Zinsen weniger steigen. Es kommt sehr darauf an, wie man diese ganze Reform durchführen würde.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ohne die Debatte noch mal neu zu eröffnen, gebe ich Herrn Dr. Ott kurz das Wort.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ganz kurz. Auf meine Frage hatten Sie nicht geantwortet. Wenn 1,8 Prozent – was ja keine Wunschvorstellung von Ihnen ist, sondern das Mindestmaß, da bin ich Herrn Reuter auch sehr dankbar, dass das geklärt worden ist – wenn Sie sagen, das ist aber das Mindestmaß; wenn aber auch sehr unwahrscheinlich ist, dass der Effizienzfortschritt in gleicher Weise steigen könnte oder sogar mehr steigen könnte als diese 1,8 Prozent, dann ist das doch eigentlich auch zu kurz gesprungen. Muss man dann nicht darüber nachdenken, wie Wirtschaft gestaltet werden kann, ohne dass es dieser 1,8 Prozent Wachstum bedarf?

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Das ist sicher eine sinnvolle Frage, und ich habe mir die auch gestellt. Ich bin der Meinung, dass das dann allerdings entweder dazu führt, dass man gewisse ergänzende Maßnahmen machen muss, damit auch bei einem Wachstum von 1,8 Prozent die Ressourcenausbeutung vermindert wird. Das ist die eine Möglichkeit. Sie haben die Frage der Konsumentensouveränität angedacht, die man vielleicht aktivieren müsste, damit sich das durchschlagend ändern könnte in einer anderen Art und Weise der Produktionszusammensetzung, die man konsumiert. Das ist die eine Frage. Aber wenn man weitergeht und sagt, dann müsste man den Markt ausschalten: Das wäre dann eine zusätzliche Maßnahme. Das würde heißen, entweder kommt man wieder zur Selbstversorgung in kleinen Einheiten zurück oder man kommt zur Planwirtschaft. Diese Frage habe ich mir gestellt. Und ich sagte, ja, ich bin Anhänger der Marktwirtschaft und meine, dass gerade auch – wenn vielleicht auch nicht mehr so ausufernd, aber doch – Innovationen durch den Markt stärker zum Zuge kommen können, wenn man den Unternehmer selbständig entscheiden lässt, was er an Innovationen durchführen will. Dann meine ich, dann muss man ein gewisses Wachstum auch in Kauf nehmen. Das ist die Botschaft, die ich habe. Aber das heißt mit anderen Worten, dass man sich umso mehr auch in dieser zweiten Strategie, der spezifischen Senkung des Ressourcenverbrauchs, engagieren muss.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Jetzt kann ich Ihnen aber danken dafür, dass Sie, Herr Prof. Binswanger, heute zu uns gekommen sind und sich der regen Diskussion gestellt haben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei

Ihnen bedanken und herzlichen Dank, dass Sie hier waren und mit uns diskutiert haben.

Beifall

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Und ich danke Ihnen für die interessante Diskussion, die mich sehr bereichert hat. Danke.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ich fand die Diskussion auch sehr facettenreich und frage mich natürlich als Vorsitzende, wie wir mit der Situation nach dieser Diskussion, ob wir jetzt schlauer geworden sind oder ob es unklarer geworden ist, umgehen. (15.24)

15.24 Uhr Ende mit der Diskussion mit Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger und **Ende des Wortprotokolls**.

Analytisches Protokoll

Die Vorsitzende beendet die Aussprache mit Herrn Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger und hält zunächst fest, dass die Diskussion aus ihrer Sicht durchaus kontrovers war. Das Sekretariat wird beauftragt, eine Zusammenfassung des Vortrages und der sich anschließenden Diskussion mit Herrn Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger zu erstellen, welche die wesentlichen Inhalte kompakt wiedergeben soll. Diese Zusammenfassung soll dann insbesondere durch die Projektgruppe 1 näher diskutiert werden. Gegen diesen Verfahrensvorschlag regt sich kein Widerspruch.

Sitzungsunterbrechung: 15.26 Uhr

Wiederaufnahme der Sitzung: 15.39 Uhr

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende der Projektgruppe (PG) 1, Abg. Claudia Bögel (FDP), berichtet, man habe sich auf einen ersten Entwurf für die Gliederung des Berichtsentwurfs der Projektgruppe 1 verständigt. Hierbei handele es sich um einen Entwurf, der auch noch verändert werden könne. Der Gliederungsentwurf wird zeitgleich an alle Mitglieder der Kommission verteilt, zudem beabsichtige man, noch vor der Sommerpause sogenannte Kapitel Patenschaften zu bestimmen. Ziel sei es dabei, jeweils einen Vertreter der Opposition und der Koalition an einem Kapitel gemeinsam arbeiten zu lassen. Die Projektgruppenvorsitzende Bögel stellt sodann die Gliederung der Projektgruppe 1 im Einzelnen vor, die an alle Mitglieder verteilt wurde und in Projektgruppendrucksache 1/18 niedergelegt ist und diesem Protokoll als Anlage beigefügt wurde.

Sie berichtet sodann von der gemeinsamen Sitzung der Projektgruppen 1 und 2, die ebenfalls am Vormittag stattgefunden hat. Man habe dort über die Abgrenzung und inhaltliche Zuständigkeit zwischen Projektgruppe 1 und Projektgruppe 2 gesprochen. Abg. Bögel bewertet die Diskussion als äußerst fruchtbar. Insbesondere habe die Projektgruppe 2 die Frage an Projektgruppe 1 gerichtet, ob diese beachtliche, eine Definition des Wohlstandsbegriffes zu liefern, auf deren Basis die Projektgruppe 2 dann aufbauen könne. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass sich die Projektgruppe 1 mit Hinweis auf den Einsetzungsbeschluss nicht originär als dafür zuständig ansehe, eine umfassende Definition des Wohlstandsbegriffes zu liefern. Vielmehr war es Aufgabe der Projektgruppe 2, sich dem Wohlstandsbegriff – nicht nur statistisch – anzunähern und ihn mit Inhalt zu füllen.

Der Austausch, die Abstimmung der Projektgruppen solle künftig fortgesetzt werden, insbesondere in den nachfolgend benannten Bereichen sollen die Berichte der PG 1 und PG 2 miteinander abgestimmt werden. Dies sind: Grenzen des BIP, Herausforderungen für unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Hiermit schließt die Vorsitzende der Projektgruppe 1 ihren Bericht.

Anschließend merkt SV Prof. Dr. Martin Jänicke an, problematisch sei, dass man die Begriffstrios aus dem Einsetzungsbeschluss (Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität) bislang noch nicht ausreichend bedient habe. Er habe das

Ergebnis der gemeinsamen Sitzung zwischen PG 1 und PG 2 so verstanden, dass man in einer Art Joint Venture zwischen PG 1 und PG 2 den Begriff des Wohlstandes definieren wolle. Offen bleibe jedoch weiterhin der Begriff der Lebensqualität. Er regt an, das Plenum müsse sich mit dieser Frage einmal beschäftigen. Aus seiner Sicht wäre es überhaupt kein Problem, wenn Projektgruppe 1 diesen Begriff der Lebensqualität in Kapitel 1 ihres Berichts abhandle. Da die PG 1 ohnehin die Begriffe des Wachstums und der Nachhaltigkeit entwickle, können man dies unproblematisch dort einbauen.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) stellt eine Nachfrage zum Gliederungsentwurf der Projektgruppe 1, da diese ja gewissermaßen den Einleitungsteil für den Gesamtbericht darstelle. Ihm gehe es vor allen Dingen um eine Verkopplung bzw. Verschränkung der Begriffe Wachstum und Wohlstand. Er führt weiter aus, dass nach dem Gliederungsentwurf der Projektgruppe 1 unter A. I die Grundlagen sowie die Ideengeschichte von Fortschritt und Wachstum ausführlich erörtert werden solle. Hierzu hätten er und SV Michael Müller bereits ausführlich referiert [vgl. Kommissionsdrucksachen 17(26)29 und 17(26)31]. Dort hätten sie ausführlich dargestellt, in welchem Zusammenhang dies mit einem sehr emphatischen Begriff des Fortschritts im 18. und 19. Jahrhundert gestanden habe - sowohl hinsichtlich des Wachstums und des Wohlstands. Dieser Begriff des Fortschritts als Brücke zwischen den beiden Begriffen Wachstum und Wohlstand sei sehr brüchig geworden. Dies entbinde die Enquete-Kommission aber nicht von der Herausforderung, Wachstum und Wohlstand aufeinander zu beziehen. Im Moment dränge sich bei ihm der Eindruck auf, als ob die Projektgruppe 1 den Begriff des Fortschritts zwar hin und wieder erwähne und sich damit durchaus auseinandersetze, sich ansonsten aber nur mit Wachstum auseinandersetze und die Projektgruppe 2 sich ausschließlich mit der Frage der Indikatoren auseinandersetze. Seine Frage geht dahin, ob es möglich sei, ein tertium comparationis zu finden - also ein verbindendes Drittes -, welches diese beiden Begriffe sinnvoll verschränken solle. Oder lasse man die Diskussion völlig unabhängig voneinander nebeneinander herlaufen? Letzteres würde er als schade und nicht dem Auftrag der Kommission angemessen empfinden.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué ruft in Erinnerung, dass in der Sitzung vom Vormittag von mehreren Mitglieder erwogen worden sei, dass man ganz am Anfang des endgültigen Berichts eine Art erstes Einleitungskapitel voranstellen könne, dass von beiden Projektgruppen (1 und 2) erarbeitet

werden solle. Aus seiner Sicht könne man dies erst dann konzipieren, wenn bereits Texte vorliegen. Zum Zweiten sei es natürlich denkbar, dass man die Diskussion um den Fortschrittsbegriff an dieser Stelle (im Einleitungsteil) mit einbeziehe. Andererseits wolle er darauf hinweisen, dass zumindest er die Arbeit der Projektgruppe 2 nicht so verstehe, dass sie sich auf rein statistischer Indikatorenanalyse beschränke. Vielmehr solle sie auch diese grundlegenden Fragen mit behandeln – gewissermaßen die philosophische Untermauerung der Begrifflichkeiten mit liefern. Er sehe vielfältige Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Insgesamt müsse er allerdings doch darauf bestehen, dass es im Einsetzungsbeschluss hinsichtlich der Projektgruppe 1 vor allem um die Frage des Stellenwerts von Wachstum in unserer Gesellschaft gehe. Diese sei mit vielfältigen, hochspannenden und politisch brisanten Fragen verbunden.

SV PD Dr. Norbert Reuter merkt an, die Debatte vom Vormittag habe ihm noch einmal gezeigt, dass man sich in der Projektgruppe 1 wohl doch stärker mit dem Wohlstandsbegriff auseinandersetzen müsse. Seines Erachtens komme man innerhalb der Projektgruppe 1 nicht darum herum, einmal grundsätzlich zu fragen, was denn eigentlich Dimensionen des Wohlstands und Dimensionen der Lebensqualität seien. Diese müsse man sodann beziehen auf die Bemessung. In einem weiteren Schritt müsse man sich fragen, inwieweit das BIP mit Blick auf Dimensionen von Wohlstand und Lebensqualität – wie beispielsweise Arbeitszeit und Verteilung – aussagekräftig sei oder nicht. Dies könnte doch dann – so sein Vorschlag – Vorlage für Projektgruppe 2 sein, die Frage zu stellen, ob man für diese Dimensionen von Wohlstand und Lebensqualität neue Indikatoren brauche, weil, wie die Projektgruppe 1 vorher festgestellt hat, hierzu das BIP keine Aussage treffe. Dies wäre aus seiner Sicht eine sinnvolle Vorgehensweise, um eine Verschränkung der beiden Projektgruppen voranzutreiben, um endlich einmal den Wohlstands- und Lebensqualitätsbegriff zu fassen, und diesen sodann ernsthaft in die Debatten der Enquete-Kommission einzubeziehen.

Darauf hin fasst die Vorsitzende zusammen, wie sich das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung von PG 1 und PG 2 aus ihrer Sicht darstelle. So habe sich Projektgruppe 2 gewissermaßen das Einverständnis von Projektgruppe 1 geholt, zumindest über „Wohlstand nachdenken zu dürfen“. Diesbezüglich habe Projektgruppe 1 Kooperation bzw. Gesprächsbereitschaft signalisiert, gleichzeitig aber zu erkennen gegeben, dass diese Fragestellung nicht zu ihrem originären Aufgabenbereich gehöre. Dies bedeute für sie, dass die

Vernetzung zwischen Wachstum und Wohlstand, die aus ihrer Sicht unerlässlich sei, noch gefunden werden müsse. Dies müsse gewissermaßen als noch offener Merkposten für die Arbeit – im Zweifel der Gesamt-Enquete – vorgemerkt werden und zu gegebener Zeit bearbeitet werden - ggf. sogar nach Vorlage des Berichts der Projektgruppe 2. Dieser Merkposten müsse auch nicht zwingend in den nächsten Wochen abgearbeitet werden.

SV Dietmar Hexel betont, dass es letzten Endes ja nicht nur um den abstrakten und realen Wachstumsbegriff gehe, sondern auch um die Frage, welche gemeinsamen Vorstellungen man innerhalb der Enquete-Kommission darüber erarbeite, wie sich diese Gesellschaft, die wir beeinflussen können, entwickeln soll. Dazu zähle auch die Frage, nach welchen Kriterien Lebensqualität und Wohlstand definiert werden sollen. Daraus würden sich verschiedene Wachstumsfragen ergeben. Auch in Projektgruppe 3 habe man das Problem gehabt, dass gewisse Begrifflichkeiten nicht genau definiert gewesen seien, weil man ja eine genaue Vorstellung davon haben müsse, was Lebensqualität bedeute. Auch müsse man eine konkrete Vorstellung darüber haben, was bedeutet eigentlich Wohlstand in einer sozialen Marktwirtschaft, die zudem auch noch demokratisch zu gestalten sei.

Abg. Edeltraud Bulmahn (SPD) befürwortet die Vorgehensweise, wie sie von der Vorsitzenden vorgeschlagen wurde. Nach ihrer Einschätzung begeben man sich jetzt in einen Arbeitsprozess, wie man den Begriff des Wohlstands letztendlich fülle, sei noch offen und nicht absehbar. Dies wiederum hänge auch von den Arbeitsergebnissen der verschiedenen Projektgruppen ab. Implizit würden diese Fragen, was heißt Wohlstand und was heißt Lebensqualität, immer wieder bei allen anderen Fragestellungen und Unterpunkten eine Rolle spielen. Sie rät davon ab, dass man sich bereits jetzt auf eine quasi lexikalische Definition beschränke. Vielmehr solle man das, wie eingangs erläutert, als einen inhaltlichen Arbeitsprozess begreifen und so weiter fortfahren, wie von der Vorsitzenden eingangs zusammengefasst.

Abg. Claudia Bögel (FDP) legt ebenfalls Wert darauf, dass man nicht aneinander vorbei arbeiten dürfe; hierzu sieht sie aber auch keinen begründeten Anlass zur Sorge. Vielmehr müsse jetzt der Schreibprozess anhand der vorgestellten Gliederung beginnen, welcher sodann in einem zweiten Schritt in Abstimmung mit der Projektgruppe 2 gespiegelt und abgestimmt werden muss.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet sodann aus der Projektgruppe 2 und legt eingangs Wert darauf, man möge doch die vorangegangene Diskussion bzw. den Bericht über die gemeinsame Sitzung zwischen Projektgruppe 1 und 2 ebenfalls als Bericht der Projektgruppe 2 verstehen. Schwerpunkt der Sitzung der Projektgruppe 2 am Vormittag sei die Vorbereitung des Zwischenberichts gewesen. Darüber hinaus sei die Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung Inhalt der Projektgruppensitzung 2 gewesen. Intention für die Gesprächssuche mit der Projektgruppe 1 sei gewesen, eine enge Abstimmungssituation mit der Projektgruppe 1 zu erzielen, damit man nicht nebeneinander arbeite und sich am Ende nicht mit der Situation konfrontiert sehe, dass Projektgruppe 1 und 2 divergierende Beschlüsse und Feststellungen verabschiedeten. Das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung sei aus ihrer Sicht so gefasst, dass sich die Projektgruppe 2 nunmehr auch ganz frei den Begrifflichkeiten des Wohlstands nähern könne, um dann in einer Abstimmung mit Projektgruppe 1 gemeinsame Ergebnisse zu erzielen. In der kommenden Sitzung der Projektgruppe 2 solle der Zwischenbericht über das erste halbe Jahr der Projektgruppe 1 verabschiedet werden.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) berichtet sodann aus Projektgruppe 3 und bewertet die Arbeitsfortschritte insgesamt als positiv. So habe man sich aufgrund der Vorarbeiten von SV Prof. Bettzüge in enger Abstimmung mit SV Prof. Schneidewind auf eine gemeinsame Gliederung für den Bericht geeinigt. Man habe sich insbesondere auf Patenschaften für die einzelnen Kapitel verständigt. Auch plane man eine zweitägige Klausurtagung für Anfang September 2011, in der man sehr intensiv und produktiv weiter arbeiten werde.

Tagesordnungspunkt 3
Verschiedenes

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Tagesordnungspunkt 4


Beschlussfassung über die Durchführung einer Anhörung am 4. Juli 2011

"Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnis"

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt wie eingangs von der Vorsitzenden angekündigt.

Schluss der Sitzung: 16:02 Uhr

Bü/hv



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende

Enquête-Kommission

„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

Projektgruppe 1: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft

Gliederung für den Bericht der Projektgruppe 1

Stand: 28.06.2011

A. Grundlagen

- I. Ideengeschichte von Fortschritt und Wachstum (inkl. Soziale Marktwirtschaft)
- II. Der Wachstumsbegriff (Wachstum im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, begriffliche Definition, Zusammenhang von Wachstum und Produktivität: hier auch teilweise Berücksichtigung der Resultate der gleichnamigen Kurzepertise; Problematisierung des BIP als Wohlstandsindikator, u.a.: Wachstum an sich nur eine Stromgröße, ohne Aussage über Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kapitalstocks)
- III. Entwicklungspfade des Wachstums (Entwicklung des deutschen und des Welt-BIP und der Produktivität seit dem 19. Jahrhundert; langfristiger Strukturwandel/Tertiarisierung, Krisenverlauf und -analyse, insb. jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise) (Enderlein et al., Reuter, Plenumsvortrag Carstensen, Plenumsvortrag Reuter)
- IV. Der Nachhaltigkeitsbegriff
- V. Nachhaltigkeit und Wachstum (insb. Green Economy, Wachstum und Ressourcenverbrauch, Ressourcenproduktivität, Ressourcen schonendes Wachstum, sozialverträgliches Wachstum) (Kurzepertise „Wachstum und Produktivität“, Papier zur Nachhaltigkeit von Andreae/Murmann,/Müller)

B. Entwicklung des deutschen und europäischen Wirtschafts- und Sozialstaatsmodells (insb. Überblick über empirische Zusammenhänge; Berücksichtigung der Resultate der Kurzepertisen „Wachstum und materieller Wohlstand“ und „Wachstum und Produktivität“)

- I. Phasen der Entwicklung nach 1945 (inkl. Soziale Marktwirtschaft)
- II. Wachstum und Verteilung (insb. Einkommensverteilung, Vermögensverteilung, Verschuldung privater Haushalte)
- III. Wachstum und Beschäftigung (insb. Gesamtwirkungen sowie sozialversicherungspflichtige und ‚prekäre‘ Beschäftigungsverhältnisse)
- IV. Wachstum und öffentliche Haushalte (Kurzepertise „Wachstum und materieller Wohlstand“)

- V. Wachstum und Sozialversicherungssysteme
 - VI. Wachstum und öffentliche Daseinsvorsorge (insb. Wirkungen auf die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge, Wirkungen von öffentlichen Unternehmen auf die Nachhaltigkeit, Wirkungen von Steuerreformen auf das Wachstum)
 - VII. Wachstum und Finanzmarkt (insb. Zusammenhang von Finanz- und Realwirtschaft; Finanzmarktregulierung, Lehren aus der Finanzkrise)
 - VIII. Wachstum und Unternehmen (insb. betriebswirtschaftliche Aspekte und Unternehmensstakeholder)
 - IX. Das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell im europäischen und globalen Kontext
- C. Erfolge und Grenzen der bisherigen Wachstumspolitik
- I. Wachstums- versus Konjunkturpolitik (Andreae/Jänicke/Reuter)
 - II. Grenzen der Wachstums- und Strukturpolitik (Markt- und Staatsversagen, fehlende Internalisierung von Kosten und Folgekosten der Naturzerstörung, Informationsdefizite; Wahrnehmung von Wohlstand (Teilhabe, Gleichheit, Bildung, soziale Bindungen etc.))
- D. Herausforderungen an das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell
- I. Globale Herausforderungen (inkl. Konsequenzen für die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten)
 - II. Soziale und demografische Herausforderungen (inkl. Bedeutung des Produktivitätsfortschritts; in Deutschland, aber auch globale Perspektive; inkl. Geschlechterverhältnisse)
 - III. Fiskalische Herausforderungen
 - IV. Herausforderungen der Ressourcenverfügbarkeit (knappe Darstellung mit Verweis auf die detaillierten Arbeiten der Projektgruppe 3)
 - V. Ökologische Herausforderungen
- E. Schlussfolgerungen und Zusammenfassung
- I. Beispiele von Ansätzen zur Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung (knappe Darstellung mit Verweis auf die detaillierten Arbeiten der Projektgruppe 4)
 - II. Implikationen für die Ordnungspolitik
 - III. Bezüge und Anregungen zur Arbeit der anderen Projektgruppen (inkl. Bezüge zu den Notwendigkeiten der Wohlstandsmessung in Projektgruppe 2)